

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 RM, monatlich 1,50 RM, frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich vom Postamt abholen 1,50 RM, vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3,— RM, für das übrige Ausland 4,50 RM monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Lebergebnisse des Monats Juli 1918. Das fettgedruckte Wort 30 Pf. (zweifach 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pf. Einzelexemplare und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Lebergebnisse 20%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte - Anzeigen 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Freitag, den 19. Juli 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Starter französischer Flantenangriff zwischen Aisne und Marne

Großer Gegenangriff südlich der Marne abgeschlagen — Bergrücken südlich Pourcey erstürmt.

Berlin, 18. Juli 1918, abends. Amtlich.

Zwischen Aisne und Marne hat der Franzose mit starken Kräften und Panzerwagen angegriffen und etwas Gelände gewonnen. Unsere bereitstehenden Reserven haben in den Kampf eingegriffen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. Juli 1918. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich von Lens und südlich von Villers Bretonneux wurden örtliche Angriffe des Feindes abgewiesen. Die tagsüber mäßige Geschützaktivität lebte am Abend auf und nahm während der Nacht zeitweilig südwestlich von Ypern und bei Wiederholung der feindlichen Angriffe südlich von Villers Bretonneux größere Stärke an. Bei reger Erkundungstätigkeit machten wir mehrfach Gefangene.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Armee des Generalobersten von Boehn stand gestern tagsüber in schwerem Kampf. Durch neu herangeführte Divisionen verstärkt, setzte der Feind von neuem nach mehrfacher Artillerievorbereitung zu großem einheitlichen Gegenangriff gegen unsere ganze Front südlich der Marne an. Am Abend war die

Schlacht zu unseren Gunsten entschieden.

Unter schwersten Verlusten brachen die Angriffe des Feindes zusammen. Aus kleinen Ortschaften südlich von Marcail, in die der Feind vorübergehend eindrang, warf ihn unser Gegenstoß wieder hinaus. Auch auf dem Nordufer des Flusses versuchte der Feind vergeblich und unsere Erfolge freitig zu machen. Bei Erstürmung eines Bergrückens südlich von Pourcey nahmen wir seine Besatzung mit ihrem Regimentskommandeur und mehreren Geschützen gefangen.

De südlich von Reims blieb die Lage unverändert. Artilleriefeuer wechselnder Stärke. Nordwestlich von Massiges führte der Feind kleinere Angriffe, die in unserem Gegenstoß zusammenbrachen.

Westen wurden 23 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Jacob errang seinen 23. Luftsieg.
Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart: In Italien keine besonderen Ereignisse. In Albanien hat der Gegner die Fühlung mit unseren Sicherungstruppen aufgenommen.

Der Chef des Generalstabes, Ereignisse zur See.

Am 17. Juli in den Morgenstunden wurde Pola von mehreren Geschwadern feindlicher Land- und Seekugeln mit ungefähr 200 Bomben belegt. An Opfern sind zwei Tote (Zivilarbeiter) und mehrere Verletzte zu beklagen. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend.

Flottenkommando.

Ypern—Reims—Chalons.

London, 18. Juli. Reuters erfährt, daß die Deutschen bis 11 Uhr abends an der Westseite des Reims-Berglandes in ungefähr anderthalb Meilen Tiefe auf einer Front von 8 Meilen vorgedrungen waren. Sie gelangten wieder in die Nähe von Pourcey und Nanteuil.

Bern, 18. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Secolo“ drückt vom 16. abends: Die englischen Militärkritiker fänden es unverständlich, daß nicht die Front Chateau-Thierry—Compiègne angegriffen wurde, da Chalons nicht leicht genommen werden könne. Die Deutschen hätten infolge des Besitzes der inneren Linie den Vorteil, gleichzeitig Ypern, Reims und Chalons bedrohen zu können.

Der zweite Kampftag an der Marne.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 17. Juli mittags.

Der rechte deutsche Schlachtlügel hat sich beiderseits der Marne auch am zweiten Tage gegen erhebliche Geländeschwierigkeiten und wachsende Gegenwirkung neuen Raum gebrochen. Südlich des Flusses, dessen Ufergänge dauernd unter Geschütz- und Fliegerfeuer liegen, ist der auf das Waldplateau zwischen Surlinbach und der Linie Dormans—Epernay hinaufgetragene Angriffsbogen rechts gesichert und links kräftig über Leudrigny erweitert worden. Beiderseits der Marnealstraße ist die deutsche Front 6 km. weit westwärts geschoben und damit das Champagner-Zentrum Epernay in den Bereich des schweren deutschen Mörserfeuers gebracht worden. Weiter nördlich würde vom Reims-Bergwald den Franzosen und Italienern wiederum ein vier Kilometer tiefer Streifen entziffen. Die Wälder von Rodemat, Sabard, Charmoise, Courton und der Königswald liegen hinter unsern Truppen, die nach restloser Niederzwingung der zweiten französischen Stellung im Kampf um zahl verteilte Bergköpfe, Schluchten, Waldweiden, Pachthöfe, Weinberge oft nur bei schwacher artilleristischer Unterstützung sich in der Gegend Nanteuil dem Zentralstoß der Reims-Berge nähern. An dem linken, Reims benachbarten Flügel der Armee Boehn ist der Angriff von Euphrasie bis Brigny weitergesprungen. Wenn es den Franzosen nicht gelingt, durch Masseneinsatz neuer Reserven den deutschen Angriff heute oder morgen zum Stehen zu bringen, ist die gesamte zwischen Aisne und Marne auf dem sonnigen Osthang der Reims-Kalkberge stehende Weinkultur und damit das Rationalvermögen Frankreichs mit Vernichtung bedroht.

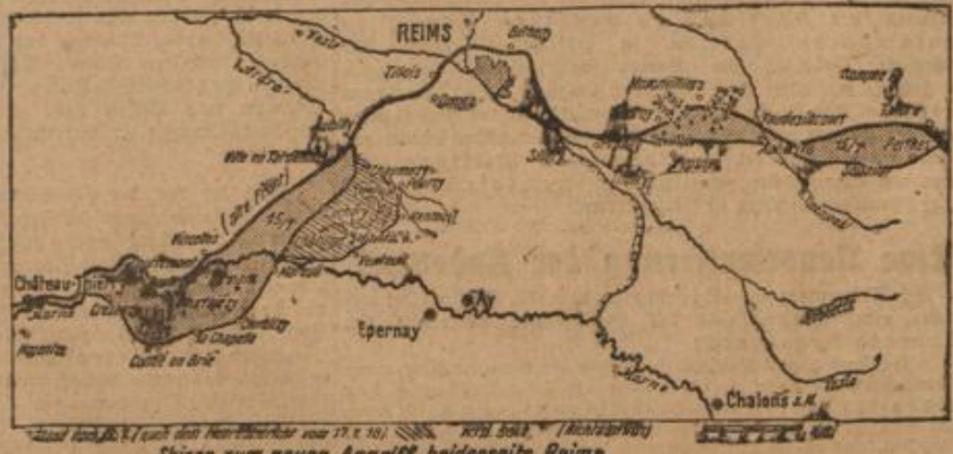
Dr. A. Köster, Kriegsberichterstatter.

Nahende Entscheidung über Japans Intervention.

Amerika mit Japan einig?

Paris, 17. Juli. (Havas.) Die Blätter melden, daß in der zwischen Washington und Tokio eingeleiteten Besprechung über die Art und Weise eines japanischen Einschreitens in Sibirien eine günstige Entscheidung demnächst erwartet wird.

Da die Agence Havas die Meldung ausgibt, ist anzunehmen, daß unter „günstiger“ Entscheidung ein Eingreifen Japans, wie die französischen Imperialisten es herbeisehnen, also ein Eingreifen mit Truppenmacht, verstanden werden soll. Trifft das zu, so hätte Amerika seine bisher gegen bewaffnete Einmischung gerichtete Haltung nunmehr geändert. Schon unlängst wurde in einer nachträglich abgestrittenen Meldung behauptet, die Alliierten mit Einschluß Amerikas seien über die Intervention zum Einverständnis gelangt, aber Japan habe ein Eingreifen abgelehnt. Ist die jetzige Havas-Drahtung nicht aus der Luft gegriffen, so würde sie bedeuten, daß gewisse Schwierigkeiten, die seither noch zwischen Japan und Amerika bestanden, nunmehr aus dem Wege geräumt worden sind. Die gegenrevolutionären Vorarbeiten, die inzwischen überall die Rinnen fertig machten und zum Aufstiegen brachten, haben ja auch im fernem Osten die Lage nach dem Wunsch der Interventionisten weiterentwickelt.



Menschen nötiger als Lebensmittel.

Von Richard Gable.

Die Ergebnisse der deutschen Angriffsschlachten des Frühjahr und die Lage, wie sie sich in der Mitte des Sommers darstellt, können schwerlich besser gefennzeichnet werden als mit den Worten des englischen Landwirtschaftsministers Brothorpe: „Mannschaften sind nötiger als Lebensmittel.“ Zwei Tatsachen gehen daraus unmittelbar hervor. Zunächst die eine, daß die Sorge um eine Ausbesserung des Landes durch die Wirkungen des deutschen Unterfrenkrieges in den regierenden Kreisen Großbritanniens zurzeit noch keine dringende ist. Gewiß stehen dieser Auffassung andere aus gleichfalls sachverständigen Kreisen gegenüber, die vor der Gefahr einer Katastrophe warnen zu müssen glauben. Aber auch diese Stimmen sprechen nur von einer mehr oder weniger nahen Zukunft und nicht von der Gegenwart. Daß England bis zur neuen Ernte schlecht und recht, vielleicht mehr schlecht als recht, versorgt ist, ist bisher nirgends bezweifelt worden. Daß aber der Ertrag der heimischen Landwirtschaft das Reich wiederum für eine beträchtliche Reihe von Monaten sichert, kann ebenso wenig bestritten werden. Man glaubt sogar durch die Entziehung der nötigen Arbeitskräfte einen Teil der heimischen Ernte gefährden, nötigenfalls opfern zu können, ohne eine Hungersnot in absehbarer Zeit heraufzubeschwören. Für das nächste Frühjahr aber rechnet man darauf, daß die Gesamtzahl der zur Beweiltigung der U-Boots-Gefahr ergriffenen Maßnahmen die Ernährung des Volkes durch genügende Zufuhr von außerhalb, vielleicht nur notdürftig, aber immerhin doch gewährleisten werden. In dieser Rechnung spielt auch die Hoffnung auf den von Vierteljahr zu Vierteljahr wachsenden Schiffsraum der amerikanischen Handelsflotte sicherlich eine Rolle. Diese Erwartung bestärkt sie denn auch in der Annahme, daß der Vielverband es schließlich auch wirtschaftlich länger aushalten werde als der Bund der Mittelmächte.

Die andere Tatsache aber, die aus der Erklärung Brothorpes hervorgeht, ist die, daß die Mannschafisnot des französischen und des englischen Heeres in Frankreich eine sehr große sein muß, so groß, daß man bereits fürchtet, den Feldzug 1918 zu verlieren, wenn die Bestände des Heeres nicht in absehbarer Zeit aufgefüllt werden. Die Regierung sei zu ihrem Entschlusse, 30 000 Landarbeiter zu den Waffen zu rufen, durch das immer dringendere Bedürfnis nach Leuten für die Front genötigt, fügte der Minister hinzu, und Bonar Law unterstützte seine Vorschläge, indem er gerade heraus behauptete, das Land werde ebenso gut besetzt werden, wenn seine Armee geschlagen als wenn seine Bevölkerung ausgehungert werde. Man sieht also den nächsten deutschen Angriffen mit einiger Sorge entgegen und fürchtet offenbar, daß die englischen Reserven und ebenso die berühmte Reservearmee Hoch bereits zu sehr geschwächt seien, um für angegriffene Fronten unter allen Umständen den nötigen Rückhalt bieten zu können.

Bestätigt wird diese Annahme durch die Eingliederung amerikanischer Brigaden in englische Divisionen, die als vorläufige Maßnahmen von Wilson zugestanden worden ist. In einigem Widerspruch damit scheinen freilich die unaufhörlichen, bis in die letzte Zeit hinein fortgesetzten Vorstöße der Gegner an den verschiedensten Teilen der deutschen Front von Ypern bis Chateau-Thierry zu stehen. Sie haben ihnen sicher erneut große, blutige Verluste eingetragen. Indessen mag sich der Widerspruch dadurch auflösen, daß man bereits an den Herbst denkt, bis zu dessen Ende wiederum eine sehr große blutige Einbuße und wahrscheinlich auch ein beträchtlicher Abgang an Gefangenen zu erwarten ist. Nach allen Äußerungen der Gegner rechnet man ja schon jetzt mit neuen Misserfolgen und hofft nur, daß sie keinen entscheidenden Charakter tragen werden. Man will denn auch die erst kürzlich ausgehobenen Leute bereits zum Herbst in die Front einstellen.

Jedenfalls geht aus allem hervor, daß die Verluste der Engländer in den 116 Tagen der Frühjahr- und Sommeroffensive tiefge gewesen sein müssen und viel höher, als sie neulich eingestanden haben. Schon die Zahl von 21 097 Offizieren, die sie zugeben, deutet darauf hin, daß sie in den Monaten April, Mai, Juni nicht 337 918 Mann, sondern das Doppelte eingebüßt haben müssen. Ihr Gesamtverlust, den März hinzugerechnet, wird wahrscheinlich 900 000 Mann erreichen oder übersteigen. Ihm dürfen wir dann etwa die Hälfte Franzosen zuschlagen und kämen damit auf 1 1/2 Millionen Gesamtverlust beider Gegner. Daß er durch das vermehrte Zustromen amerikanischer Truppen auch nicht entfernt ausgeglichen sein kann, geht aus allem hervor, was uns zweifelsfrei bekannt wird. Dahin gehören die von den Gegnern ausgesprochenen Sorgen und Befürchtungen, vor allem aber die sehr geringe Rolle, die die Amerikaner bisher in allen kriegerischen Zusammenstößen gespielt haben. Sollten wirklich

Wie sehr hochtichtige Berechnungen annehmen, 600 000 Köpfe den Ocean bereits überquert haben, so darf man sicher sein, daß wenigstens die Hälfte von ihnen aus Arbeitskräften besteht, mit sehr unangenehmen Anlagen in Frankreich, z. B. einer viertelstündigen Bahn von Bordeaux bis zur Front, vollkommen beschützt sind. Denn Frankreich ist völlig überlastet, die dazu erforderlichen Arbeitskräfte seinerseits zu liefern. Aber auch die Streitkräfte in der Stärke von vielleicht 300 000 Mann stehen jedenfalls noch nicht in voller Zahl an der Kampffront, sondern in ansehnlicher Stärke noch in den Heilungslagern, weil ihre Ausbildung noch nicht beendet ist.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Bevölkerung von Frankreich und England mit ihren voll nutzbar gemachten Kolonien Ägypten, Tunis, Australien, Neuseeland, Kanada die deutsche Volkszahl noch immer weit übertrifft, so sehen wir in dem Schrei unserer Gegner nach mehr Mannschaften an der Front ein für uns höchst ruhmvolles Ergebnis der vier Kriegsjahre, auf das wir alle Ursache haben stolz zu sein, das uns aber auch mit berechtigter Bitterkeit für den weiteren Verlauf des schweren Ringens erfüllt. Vergessen wir nicht, daß die anderen, abgesehen von den Streitkräften ihrer oben genannten Staaten und Kolonien, noch Indien, Marokkaner, Senegalneger, Madagassier, Annamiten, Portugiesen und Russen zum Dienst im Westen gepreßt haben. Dann erst wird uns die unvergleichliche feierliche Ueberlegenheit unseres eigenen Volksheeres und zuletzt die Kräfte schonende Art unserer Kriegsführung klar. Im übrigen ist kürzlich in Oesterreich-Ungarn amtlich mitgeteilt worden, daß schon weit über 1/2 Millionen Kriegsgefangener aus Rußland in das Donauland zurückgeführt seien; wir dürfen also annehmen, daß auch uns eine ins Gewicht fallende Verstärkung aus dem Osten teils schon zugeflossen ist, teils noch zufließen wird.

Somit stehen nach allem, was wir hören, die materiellen Vorbedingungen für den weiteren Fortgang des diesjährigen Feldzuges für uns durchaus günstig, und die Kriegsmüdigkeit in den Reihen der Gegner ist auch größer, als die grimmigen Worte der Clemenceau, Wilson, Lloyd George vermuten lassen. Die augenblickliche Lage sieht nicht so aus, als ob sie unseren Gegnern Eroberungen gestatten würde.

Um Reims hat am 15. Juli ein neuer Angriff unserer Truppen begonnen. Welche Bedeutung ihm im Rahmen unserer Pläne zukommt, ob er bereits der Beginn einer neuen großen Offensive ist, das werden erst die kommenden Tage zeigen. Demen sehen wir jedenfalls mit guten Hoffnungen entgegen, weil wir wissen, daß die Räume unserer Gegner, den Amerikanern zum Trost, nicht in den Himmel wachsen werden.

Ein Jahr Friedensresolution.

Heute vor einem Jahr, am 19. Juli 1917, nahm der Reichstag mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17 Enthaltungen die folgende Entschließung an:

Der Reichstag erklärt:
Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbstständigkeit für die Unversehrtheit seines territorialen Bestandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausdauern und kämpfen, bis es in und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weilt sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Um den Gedankeninhalt dieser Erklärung wird nun seit einem Jahre gekämpft. Leider ist es in diesem Jahr nicht gelungen, der feindlichen Welt die Ueberzeugung beizubringen, daß die auswärtige Politik Deutschlands wirklich nach den hier wiedergelegten Grundsätzen geleitet wird. Woran die Schuld — und daß sie nicht nur auf einer Seite liegt, ist in diesem Blatt im Lauf des letzten Jahres oft genug ausgeführt worden.

Die 216 Reichstagsabgeordneten, die vor einem Jahr jene Resolution annahmen, sollten heute ernstlich darüber nachdenken, ob sie auch wirklich alles getan haben, um die auswärtige Politik des Reiches mit ihrem Geiste zu erfüllen. Die Sozialdemokraten sind sich freilich stets der großen Verpflichtung bewußt geblieben, die sich aus ihrer Annahme ergab, man kann aber nicht behaupten, daß sich dieses Bewußtsein geradlinig und ungebrochen durch das Parlament hindurch bis in die obersten Reichsstellen hinein durchsetzte.

Wird in der Sitzung vom 19. Juli fiel aus dem Munde des neuen Reichskanzlers Michaelis das verhängnisvolle Wort: „Wie ich sie auffasse.“ Dann kam die Gründung und das wüste Treiben der Vaterlandspartei. Und dann kam der Frieden von Brest-Litovsk.

Eine richtige Politik wird aber nicht dadurch falsch, daß sie nicht befolgt wird. Die Reichstagsentschließung vom 19. Juli zeigt die Richtlinien, die nicht nur einer höheren Gerechtigkeit, sondern auch den dringendsten Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprechen. Wege, die von ihnen abführen, sind Abwege, die gefährlich sind.

Die Gegner der Reichstagsentschließung haben sicher nicht geglaubt, daß heute, ein Jahr nach ihrer Annahme, der Kriegswille der Gegner noch ungebrochen sein würde. Sie sollten sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß es niemals die militärischen Mittel allein sein können, die der Welt den Frieden wieder bringen, sondern daß es zu diesem Zweck auch einer Annäherung der Gesinnung der Völker bedarf. Zu ihr war die Reichstagsentschließung vom 19. Juli ein Schritt, und dies bleibt ihre geschichtliche Bedeutung.

Die deutsch-holländischen Verhandlungen

Haag, 18. Juli. Korrespondenzbureau. Die Unsicherheit in den innerpolitischen Verhältnissen, die mit dem Rücktritt des Kabinetts im Zusammenhang steht, hat

einen gewissen Rückschlag auf die bereits sehr weit fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland gehabt. Es wird für mindestenswert gehalten, daß die niederländischen Unterhändler, ehe sie sich festlegen, sich über die Auffassung orientieren, die in dem neuen Kabinett über die wirtschaftlichen Verhältnisse herrscht. Infolgedessen ist eine Pause in den Verhandlungen eingetreten. Die deutschen Delegierten sind inzwischen nach Berlin abgereist.

Unaufhörliche feindliche Gegenangriffe

Berlin, 18. Juli. Am 17. Juli hat der Feind südlich der Marne bei seinen massierten Gegenangriffen eine schwere blutige Niederlage erlitten. Schon am Morgen des 17. lag das feindliche Feuer auf unseren Stellungen an der Marnefront in großer Stärke. Es steigerte sich im weiteren Verlauf des Tages vor allem in der Gegend der Straße Jans-Dormans zu größter Heftigkeit, worauf ein starker Angriff mit Einsatz von Panzerkraftwagen gegen unsere Linien am St. Agnan-Grunde erfolgte. Der Vorstoß des Feindes wurde hier ebenso wie seine Angriffe aus Le Mesnil Guttier heraus blutig abgewiesen. Auch nördlich von Senault scheiterten feindliche Angriffsvorstöße. Der Mittag und Nachmittag des Tages brachten erneut stark massierte französische Gegenangriffe. Mit großer Wucht griff der Feind unter Einsatz frischer Divisionen unsere Stellungen an und versuchte in erbittertem Ringen über einen Erfolg zu erzielen. Die tiefgegliederten Sturmtruppen, die der Feind immer wieder gegen unsere Stellungen südlich der Marne ohne Rücksicht auf Verluste vortrieb, hatten ungeheure Verluste und stuteten nach auslostem Anlauf, verfolgt von dem deutschen Feuer, zurück. Dasselbe Schicksal erlitten starke feindliche Vorstöße gegen den Chataigniere-Wald sowie nördlich der Marne in Gegend Senault und gegen den Königswald. Auch hier brachte der Feind ebenso fruchtlose wie hohe Blutopfer. Während nach wechsellösenden Kämpfen an den verschiedenen Frontabschnitten alle Feindangriffe zusammenbrachen, versuchten unsere Sturmtruppen einen Berggraben südlich von Bourcy zu nehmen und dabei zahlreiche Gefangene und eine Batterie zu erbeuten.

Ostlich von Reims richtete der Feind lebhaftige Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich Verthez sowie nördlich und westlich von Massiges. Sie hatten keinerlei Erfolg. Der 17. Juli ist ein besonders schwerer blutiger Tag für unsere Gegner, die trotz aller ihrer gewaltigen Anstrengungen die gestrige Schlacht verloren haben.

Französischer Heeresbericht vom 17. Juli nachmittags. Südlich der Marne griffen die Deutschen, indem sie neue Streikräfte vortrieben, gestern abends die Höhen von St. Agnan, Chapele Monthodon an. Es gelang den Deutschen, in Bourdonnerie einzudringen. Die Schlacht dauerte mit Heftigkeit auf den bewaldeten Abhängen unmittelbar südlich dieses Punktes fort. Weiter östlich hielten die Franzosen trotz sehr lebhafter Angriffe des Feindes die Südränder der Wälder von Vouquignis und Reule. Die Deutschen versuchten ferner einen mächtigen Vorstoß in der Richtung auf Montboissin, dessen sie sich bemächtigten. Durch einen französischen Gegenangriff wurden sie aus diesem Ort zurückgeworfen. Zwischen der Marne und Reims heftige, aber kurze Kämpfe im Walde von Courtezon. Ein deutscher Angriff in der Gegend von Eigny scheiterte vollkommen. Ostlich von Reims blieben örtliche deutsche Angriffsvorstöße ohne Erfolg, besonders in der Gegend von Brunay. Die Deutschen erlitten bei dem Versuch, ihren Sturm auf Beaumont zu erneuern, eine blutige Schlappe, überall wurden die französischen Stellungen ohne Einbuße gehalten.

Französischer Bericht vom 17. Juli abends. Verzögert. Die Schlacht dauerte heute mit Erbitterung an. Wir behaupteten die gesamte Front. Westlich von Reims ist es dem Feinde trotz seiner Anstrengungen nicht gelungen, seinen Vorteil auszubauen. Unsere Truppen hielten durch heldenhaften Widerstand und

unaufhörliche Gegenangriffe mit abwechselndem Vorstoß und Zurückgehen

den Druck des Feindes. Südlich der Marne war es uns im Verlauf der Kämpfe an den Höhenlagen nördlich Combligny und Festigny möglich, den Feind am Südrand des Waldes von Vouquignis und Chaigniers und östlich Ceully aufzuhalten. Den Deutschen gelang es, auf dem Mont Boissin wieder Fuß zu fassen. Zwischen Marne und Reims dauert der Kampf nördlich Reuil im Königswald an, wo die Deutschen eindringen und den unsere Truppen Schritt für Schritt verteidigen. — Der Wald von Courtezon ist ebenfalls der Schauplatz heftiger Kämpfe; der Feind wurde westlich Ranteuil — La Roffe aufgehalten. Bourcy, das Ziel mächtiger Angriffe, die wiederholt erzwungen wurden, konnte von den Deutschen nicht erreicht werden. Der glänzende Gegenangriff der italienischen Truppen westlich von diesem Dorfe warf den Feind in das Tal der Ardre zurück. Viele feindliche Tote vor den Linien bezeugen die Schwere, von unseren Gegnern erlittenen Verluste. Die Lage im Abschnitt Eigny und südwestlich Reims ist unverändert. Ostlich von Reims brachen wir den Angriff zwischen Beaumont, an der Reule und Sillevy. Unsere Stellungen auf der ganzen Champagnefront blieben unerschüttert.

Amerikanischer Bericht vom 18. Juli vormittags. Die Amerikaner gewannen in Marne-Abchnitt den völligen Besitz des Südrandes zurück. Nordwestlich von Chateau-Chierry versuchte der Feind abermals bei Baug einen Angriff, der jedoch vollständig in unserer Infanterie- und Artilleriefeuer scheiterte, bevor er unsere Linien erreichte.

Erfolgreiches Einschreiten gegen bäurischen Lebensmittelwucher in Belgien.

Aus Brüssel meldet Wolffs Bureau: Der französische Vizekonsul sprach vom 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, vorbereitet die Nachricht, die deutsche Verwaltung in Brüssel habe vor einiger Zeit alles Gemüße auf dem belgischen Markt requirieren lassen. Aus diesem Anlaß habe das Militär einschreiten müssen und es sei zu einer Schieberlei gekommen, der fünf Bauern zum Opfer gefallen seien, dreizehn Bauern seien verwundet worden.

Die deutsche Verwaltung ist jüngst mit Unterstützung der belgischen Polizei lebhaftig zu dem Zwecke, der minderbemittelten Bevölkerung den Kauf der notwendigen Gemüße zu annehmbaren Preisen zu ermöglichen, gegen das magerische Gebahren der Bauern eingeschritten und zwar mit gutem, von allen loyal denkenden Belgiern anerkanntem Erfolg. Das ist die Wahrheit, die allerdings der Propagandadienst der Entente nicht verbreiten darf. Was darüber hinaus von einem Einschreiten des deutschen Militärs, von Toden und Verwundeten gelagt wird, ist schamlose Lüge. Die ganze schaurige Geschichte ist frei erfunden.

Eine Neuorientierung der Kadetten?

Ein Telegramm aus Stockholm vom 17. Juli meldet auf Grund einer Drahtnachricht des Helsingforsker Vertreters von „Svenska Dagbladet“:

Nachrichten aus Rußland beschäftigen die Gerüchte über einen Umschwung der Stimmung in der Leitung der Kadettenpartei in deutschfreundlichem Sinne. Es bestätigt sich, daß eine Anzahl Kadettenführer sich nach Riewo begeben, und es ist kein Geheimnis, daß sie Verhandlungen mit dem dortigen deutschen Oberkommando angestülpten suchen, um

ein Zusammenwirken zwischen den bürgerlichen Parteien Rußlands und den Deutschen anzubahnen, was von den Kadetten nun als der einzige Ausweg zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Rußland angesehen wird.

Schon einige Tage zuvor brachte der Telegraph die Mitteilung, daß der Führer der Kadettenpartei Miljukow sich in Riewo aufhält. Eine andere Meldung, daß Miljukow nach Berlin zu reisen gedenke, wurde dagegen zuhändigenorts dementiert. Andererseits hieß es, Miljukow habe nachgesucht, nach deutschen Vorkäufen bei der ukrainischen Regierung, Herrn v. Stumm, empfangen zu werden, doch wurde dieses Ansinnen entschieden abgelehnt. Dann teilte der Draht kürzlich mit, daß eine Konferenz der Kadettenpartei aus ganz Rußland, nicht allein aus der Ukraine, nach Riewo zusammenberufen wurde. Ueber diese Tagung und deren Beschlüsse liegen noch keine Nachrichten vor. Doch sind diese Anzeichen an sich schon dieslegend, wenn man bedenkt, wie außerordentlich deutschfeindlich die Kadetten waren. Es ist nach diesen Anzeichen zu urteilen, nicht ausgeschlossen, daß in der Stimmung des russischen Liberalismus eine Wandlung vor sich gegangen ist, die es darauf abzielt, mit Hilfe der deutschen Waffen die ersetzte Ordnung herzustellen.

Vor einiger Zeit meldete die Schweizer Telegraphen-Agentur, daß eine Konferenz der Kadettenpartei, an der angeblich etwa 100 Delegierte teilnahmen, sich für eine Intervention der Entente in Rußland ausgesprochen habe. Es läßt sich nicht nachprüfen, welche Bedeutung dieser Meldung beizumessen ist. Auf jeden Fall erscheint die Lage sich dermaßen zu kennzeichnen, daß die bürgerlichen Parteien und alle nichtsozialistischen Kreise in Rußland sich mehr und mehr mit dem Gedanken der Intervention befreunden. Diesem Gedanken bleiben nach wie vor aus prinzipiellen Gründen allein die demokratischen Gruppen und speziell die sozialdemokratische Partei (die Menschewiki) abhold. Auch Kerenski's Auftreten kann darin nichts ändern. Kerenski war nie ein Parteimann, und sein Auftreten kann nicht maßgebend sein zur Beurteilung der öffentlichen Strömungen, als deren Sprachrohr er keinesfalls angesehen werden darf.

Kerenski's Einfluß in Rußland.

Zu diesem Thema eine immerhin beachtenswerte Äußerung. Das Berliner Bureau der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet die folgende Mitteilung: Das Zentralorgan der Kadettenpartei „Kasch Wel“ schreibt über das Auftreten von Kerenski in Paris: „Wenn Kerenski wenigstens Schorfichtigkeit besäße, so müßte er alle Maßnahmen treffen, um in Vergessenheit zu bleiben. Wenn die russische öffentliche Meinung um etwas ärmer geworden ist, so jedenfalls nicht in ihrer verneinenden Haltung gegenüber Kerenski. Fast alle Parteien und Zeitungen jeder Richtung gedenken der Rede von Kerenski mit der größten Mißbilligung und drücken in diesem einzelnen Falle ihre Entrüstung einstimmig aus.“ Diese Nachricht des Kadettenblattes über die Stimmung der Bourgeois-Prese zeigt, daß Kerenski keine Anhänger mehr hat, weder in den Volksmassen noch in den Bourgeois-Kreisen.

Die Debatte im österreichischen Abgeordnetenhaus. Die polnische Frage.

Bei der fortgesetzten ersten Lesung des Budgetprovisoriums äußerte der Deutschnationalen Führer namens einer Gruppe von Deutschnationalen gegen die österreichisch-polnische Lösung die allergrößten Bedenken, begründete die entschiedene Haltung der Deutschen und erklärte, diese könnten dem einseitigen Diktat der Polen nicht entsprechen.

Der Obmann des Polenklubs, Tertul, führte aus, die gestrige Rede des Ministerpräsidenten sei vom Standpunkte aller Parteien zu bedauern. Ebenfalls wie gegen die Deutschen lasse sich auch gegen die Polen und die anderen Völker regieren. In Besprechung der österreichisch-polnischen Lösung erklärte der Redner: Die Worte des Ministers des Äußeren erliegen zwar unsere Sache nicht, sie berühren sie sehr behutsam, aber sie sind doch als ein erster Anfang von dem, was unter dem Grafen Czernin geschehen ist, geeignet, die Hoffnung zu begründen und das Vertrauen anzubahnen. Die geplante Zweiteilung Galiziens werde nie zustande kommen. Die Polen seien bereit, mit den Ukrainern von Volk zu Volk zu verhandeln, aber nur auf Grund der Einheit des Landes. Der Redner erklärte schließlich namens des Polenklubs, daß er die Abstimmung über das Budgetprovisorium vom Vertrauen zu jener Regierung abhängig machen werde, die zur Zeit der Abstimmung bestehe. (Beifall bei den Polen.)

Conci (Italiener) drückte seine Sympathien für Tschechen und Südslawen aus und erklärte, gegen das Budgetprovisorium stimmen zu wollen.

Der Deutsche Hartl erklärte, das deutsche Volk sei nicht der Meinung, daß mit denen, die den Staat und die Dynastie vertreten haben, eine Verständigung gesucht werden solle.

Der Allpolnische Klub erklärte, das polnische Volk werde sein politisches Ideal, das in der Zusammenfassung aller polnischen Länder und in dem Zugang zum Meere bestehe, nie aufgeben. Das polnische Problem sei eine internationale Frage. Die deutsche und österreichische Politik gegen Polen habe allen Kredit verloren.

Der Sozialdemokrat Daszinski erklärte im Verlauf seiner Rede im Abgeordnetenhaus, daß Oesterreich infolge mangelhafter Vorbereitungen für den Krieg in Abhängigkeit von Deutschland, das seine Armees gut vorbereitet in den Kampf marschieren ließ, gekommen sei. Zwei Drittel dieses Staates seien nicht deutsch, sie müßten in der Abhängigkeit vom Deutschen Reich ein nationales, politisches und wirtschaftliches Unglück sehen. Das Ergebnis der sogenannten Verletzung des Bündnisses mit Deutschland sei, daß Oesterreich militärisch, politisch und wirtschaftlich vollständig seiner Selbständigkeit beraubt und zu einem Vasallenstaat Deutschlands heruntergedrückt werde. (Beifall bei den Parteigenossen, den Tschechen und Südslawen.) Man trete gegen Südslawen, Tschechen und Polen auf, weil sie Deutschland nicht untertan sein wollten. Das ukrainische Volk wäre glücklich, wenn es die deutschen Soldaten nicht auf sich hätte, wenn ihm seine Schweine und Ochsen nicht geraubt würden. (Der Ruthene von Smal Stodj rief: „Ueberlassen Sie das lieber dem ukrainischen Volk!“)

Nach der von der Obmannkonferenz der Abgeordneten getroffenen Vereinbarung soll der tschechische Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die Minister am Montag zur Verhandlung gelangen, worauf am Dienstag die Verhandlung über die dringlichen Anfragen betreffend die militärischen Ereignisse folgen soll. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung der Exekution der militärischen Angelegenheiten nur zustimmen könne, wenn dies in geheimer Sitzung geschehe. Es wurde weiter vereinbart, sämtliche dringlichen Anfragen militärischer Natur in einen von allen Parteien eingebrachten Antrag umzuwandeln. In der Debatte hierüber sollen alle Parteien zu Worte gelangen. Am 26. Juli soll die zweite Lesung des Budgetprovisoriums beginnen.

Das neue Dienststrafverfahren gegen Professor Henkel.

Der Präsident Dr. Eögen bemerkte, es handle sich jetzt um den Fall Reichensbach, und da dieser Fall in der Vorinstanz öffentlich verhandelt worden ist und damals das meiste Aufsehen erregt hat, habe sich das Gericht für verpflichtet, ihn auch jetzt öffentlich zu verhandeln. Dieser Fall betrifft die sogenannte Prinzeneroperation. Nach den Angaben der Assistenten in der vorigen Instanz sollte der Prinz Bernhard zur Lippe im Operationsaal erschienen sein und es wurde zunächst eine Operation vorgenommen, nämlich die Entfernung einer 40 Pfund schweren Wucherung, die glänzend verlief und dann, als die Operationsfälle erledigt gewesen seien, habe Prof. Henkel gefragt, ob nicht noch etwas Interessantes zu operieren sei. Darauf sei ohne Vorbereitung eine Frau hereingebracht worden, die an Gebärmutterkrebs litt. Diese Frau sei dann eiligst operiert worden, nachdem ihr zuvor das vor kurzem eingenommene Frühstück aus dem Magen gepumpt worden sei. Die Assistenten hatten nach ihrer Aussage in der Vorinstanz den Eindruck, als ob hier eine Kunstleistung vor dem Prinzen gezeigt werden sollte. Die Frau ist denn bald darauf gestorben, dem Prinzen sei aber von Prof. Henkel nichts von dem Tode gesagt worden. Der Prinz habe sich sehr annehmend über die Operation ausgesprochen und gesagt, nun könne er ja ruhig eine Befannde — die Zeugen glaubten, es handle sich um seine Schwester — auch zu einer gleichen Operation mitbringen. Der als Gast anwesende Dr. Wey soll nach der Angabe des Assistenten Dr. Teilhäber gesagt haben: „Henkel ist doch der größte Verbrecher.“ Frau Reichensbach war eine 42 jährige Landwirtschafterin. — Prof. Henkel bestreitet, daß die Frau Reichensbach in Gegenwart des Prinzen operiert worden sei. Er habe nie eine überhöhte Operation vorgenommen. — Es wird nun die Aussage des durch einen beauftragten Richter vernommenen Prinzen Bernhard zur Lippe vorgetragen. Er sagt aus: Ich sprach den Wunsch aus, gelegentlich einer Operation behilfen zu können. Die Gelegenheit dazu bot sich bei einem Fall von durch Malignanztherapie behandelter Krebsverfärbung, wofür ich mich besonders interessierte. Bei der Frau wurde eine Geschwulst von 50 Pfund entfernt. Außerdem wurde in meiner Gegenwart nur noch eine leichtere Operation vorgenommen. Der Operation der Frau Reichensbach kann ich nach den ganzen in Betracht kommenden Umständen nicht beigewohnt haben. Nach meiner Erinnerung ist keine der Frauen, die ich habe operieren sehen, gestorben. — Darauf wird die Aussage des Stabsarztes Dr. Bley-Dresden verlesen. Sie lautet: Gegenüber der Aussage des Prinzen zur Lippe muß ich meine Darstellung aufrechterhalten. Eines Tages erschien ein Herr, der von Professor Henkel als Prinz zur Lippe mir vorgestellt wurde. An diesem Tage wurden reichlich viel Fälle operiert. Der Prinz dürfte mehreren Operationen beigewohnt haben. Eine von den Frauen, die in Gegenwart des Prinzen operiert worden war, wurde einige Zeit, nachdem sie hinausgebracht war, als gestorben gemeldet. Davon, daß die Frau unvorberetet operiert und ihr der Magen ausgespült worden sei, habe ich nichts bemerkt. — Prof. Henkel: Ich habe nie eine Patientin ohne Einverständnis operiert und auch nie eine Scharoperation vorgenommen. — Es folgt die Vernehmung des Dr. Felix Teilhäber, derzeit Oberarzt im Felde. Er war von April bis September 1911 Privatassistent bei Prof. Henkel und ist, wie er zugibt, im Unfrieden von ihm geschieden. Der Zeuge bekundet, daß Prinz zur Lippe mehrfach bei Operationen dabei gewesen sei, er erinnert sich nicht niemals Privatleute in Kliniken gesehen zu haben. Allgemein werde das auf besuchenden Kliniken auch nicht Brauch sein. — Prof. Henkel: Der Prinz soll sich aber tatsächlich mit medizinischen Dingen beschäftigen. — Zeuge Dr. Teilhäber: Ja, er hat mir erzählt, daß er in Afrika Neger behandelt hat. Es war, als der Prinz da war, nichts mehr zu operieren da und da fragte Prof. Henkel, ob nichts mehr vorhanden sei. Er sprach dann mit Dr. Busse, dem Assistenzarzt, hin und her und ich hörte, wie Busse ablehnte, weil die Frau nicht vorbereitet sei. Aber Henkel gab den Befehl, die Frau vorzuführen. Jedenfalls ist die Frau eine halbe Stunde nach der Operation gestorben. Ich wurde von der Schwester herausgerufen und fand die Frau ganz blau. Ich gab ihr noch eine Spritze und machte Henkel Mitteilung, hörte aber, wie er nachher ganz ruhig mit dem Prinzen sprach, als dieser ihm seine Verleumdung für die glänzende Leistung ausdrückte und dafür, wie großartig er operiere. Als ich dem anwesenden Frauenarzt Dr. Wey von der Sache Mitteilung machte, war er ganz empört und sagte: „Henkel ist doch der größte Verbrecher.“ — Prof. Henkel hat das in Abrede gestellt. — Zeuge Dr. Teilhäber: Ich habe es noch genau in Erinnerung. — Referent Oberverwaltungsgerichtsrat N a u t hält dem Zeugen entgegen, daß er als möglich zugegeben hat, daß Frau Reichensbach schon früher einmal operiert worden sei und daß dieser Umstand doch auch gegen eine Scharoperation spreche. — Der Zeuge kann darüber keine Auskunft geben, nicht aber dabei, daß es sich um eine bloße Scharoperation vor dem Prinzen gehandelt habe. — Zeuge Dr. Busse: Frau Reichensbach war Assistenzärztin bei Henkel. Es handelte sich um eine Patientin, die nach dem Frühstück eiligst operiert wurde und der dazu der Magen ausgespült wurde. Der Zeuge war der Meinung, daß die Patientin infolge mangelhafter Unterbindung gestorben sei, hat aber nachher festgestellt, daß der Tod eingetreten ist infolge Einprägung des Korrosivums in das Rückenmark. Diese Einprägung hat aber Henkel nicht selbst vorgenommen. — Praktischer Arzt Dr. Wehner, Ulmenhörde, der nächste Zeuge, war gleichfalls früher Assistenzarzt bei Henkel und bekundet, daß das Magenaspumpen einer Patientin in keinem Zusammenhang mit der Operation vor dem Prinzen gestanden habe. Frau Reichensbach wurde als erste operiert und keineswegs unvorberetet. — Rechtsanwalt Dr. Lutzgedrune: Es erscheint der Verteidigung notwendig, zur Feststellung der Glaubwürdigkeit Dr. Teilhäbers aus einem Urteil des Amtsgerichts Weimar festzustellen, daß Dr. Teilhäber eines Raubtats auf dem Wege von der Anleihe in den Krankensaal, der Frau Reichensbach, Dr. Weyling unterstand, noch nicht gesehen hat. Er begab sich hinein und hörte von der Hebamme, daß gerade eine Patientin erbinde. Darauf hat er sich über die Kranke gebeugt und ihren Leib gepreßt, so daß ein Darmbruch entstand. Er hat am nächsten Tag Kollegen gegenüber sich in büchsischem Ton geäußert: „Wissen Sie, was ich heute nacht geleistet habe? Ich legte mich einer Patientin auf den Bauch, kummis, gab es einen Darmbruch und das Kind war heraus!“ Frau Reichensbach war auch empört, daß Dr. Teilhäber sich über die Diagnose in Gegenwart der Kranken ungeniert unterließ. Sie erklärte, daß sie mit Dr. Teilhäber nicht mehr zusammenarbeiten könne. Dr. Teilhäber wurde vom Landgericht Weimar wegen Körperverletzung damals zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. — Nach Berechnung des Sachverständigen Prof. Lezer schätzte der Zeuge Dr. Teilhäber seine Aussage in wesentlichen Punkten ein und gibt die Möglichkeit zu, daß ein anderer Todesfall in Betracht kommt.

Hauswirte, auf Mietssteigerung einsetzte, benutzte Herr M. die Gelegenheit und steigerte den Mietzins ab 1. Oktober 1917 auf 30 M., also um 8 M. Das Mietseingangsamt entschied, daß nur ein Mietzinspreis von 22 M. zu zahlen sei. Bereits noch einem halben Jahr, zum 1. April 1918, erfolgte eine weitere Steigerung auf 48 M., das Mietseingangsamt erhöhte die Miete auf 39 M. Herr M. hatte also, wenn auch erst ein halbes Jahr später, seinen Willen durchgesetzt und eine Erhöhung des Mietzinses um 8 M. erreicht. Der Appetit kommt beim Essen. Herr M. kam zum drittenmal und nahm zum 1. Oktober 1918 eine Steigerung auf 46 M. vor. Das erschien dem Mietseingangsamt unbillig, es entschied, Fräulein F. brauche eine Erhöhung der Miete nicht zu zahlen, der Mietzinspreis von 39 M. sei angemessen. Und damit dieser Preis für die kleine Wohnung sehr, sehr hoch. Herr M. wollte aber innerhalb eines Jahres durch drei Steigerungen den Mietzinspreis um 15 M., nämlich von 31 auf 46 M. erhöhen, also eine ca. 50 prozentige Erhöhung vornehmen. Wäre man hier nicht berechtigt, von einem Wohnungswucherer zu sprechen? Ausbesserungen der Wohnung sind nicht erfolgt, die anderen Lasten (womit die Hauswirte ihr Vorgehen rechtfertigen) haben auf keinen Fall eine derartige Steigerung erfahren. Wäre es hier nicht angebracht, derartige Fälle angebracht, daß das Oberkommando eingreift und die Kündigung einer Wohnung von der Genehmigung einer unparteiischen Stelle abhängig macht? Das Vorgehen derartiger Hauswirte greift doch an Gemeingefährlichkeit und ist geeignet, Ruhe und Frieden zu stören. Die Lehrer- und Beamtenvereine wenden sich — ebenso wie die Gewerkschaften — gegen die unerschämten Mietssteigerer. Was sagen sie zu dem dargelegten Fall ihres Kollegen?

Der Verband zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Vom Berliner Magistrat wird uns geschrieben: Die Beratungen der Groß-Berliner Gemeinden über die Gründung eines Verbandes zur Bekämpfung der Wohnungsnot sind gestern einen wesentlichen Schritt vorwärts gediehen. Es bestand Einverständnis sowohl über den Charakter des Verbandes als auch über den Charakter der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der durch den Krieg hervorgerufenen Wohnungsnot zu ergreifen sind. Ferner be-

Feldpost-Abonnenten
Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muss sofort 1,80 M. an den Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat August zu sichern.

Stand Übereinstimmung über den örtlichen Umfang des Verbandes und die zeitliche und finanzielle Begrenzung seiner Aufgaben. Ueber einzelne Punkte der Organisation wird am kommenden Donnerstag endgültig beraten werden. Den Beratungen wohnte ein Vertreter des Oberpräsidenten bei, welcher das lebhafteste Interesse der Staatsbehörden, insbesondere des Wohnungskommissars, an dem erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen bekundete.

Die Mut saurer Milch. Zu den Klagen über angesäuerte Milch erfahren wir jetzt, daß die Fettstelle Groß-Berlin tatsächlich, wie wir in Nr. 194 andeuteten, diese Milch mit Kenntnis ihrer Verfallszeit an die Händler gelangt. Auch das trifft zu, daß die Fettstelle die Händler anweist, für Kranke und Schwangere sowie für die über 4 Jahre alten Kinder die angesäuerte Milch an verkaufen und die noch einwandfreie Milch den jüngeren Kindern vorzubehalten. Aus den Kundenlisten wird für jeden Händler abgezählt, wieviel Liter angesäuerte Milch und wieviel Liter nicht angesäuerte ihm zuzuführen, und beim Verkauf hat dann jeder Händler die ihm gegebene Anweisung zu befolgen. Die Milchfanden, deren Erzeugung in diesen Zuschriften an uns zum Ausdruck gekommen ist, um den Händlern unrecht, wenn sie ihnen die Verantwortung für die Verfallszeit der jetzt in den Handel gebrachten Milch aufbürden. Die Händler müssen nehmen, was ihnen zugeteilt wird und können Milch, die schon angesäuert bei ihnen eintrifft, nicht in einwandfreie verwandeln. Das Verfabren der Fettstelle Groß-Berlin, gegen das man von Standpunkt der Gesundheitspflege die schwersten Bedenken haben muß, erscheint geradezu unglücklich. Sie meint aber, dazu genügt zu sein, weil auch sie nehmen muß, was zu kriegen ist. Für besser hält sie, die Bevölkerung zum Teil mit angesauerter Milch zu versorgen, als auf diese Milch zu verzichten, und so die hierher gelangende Milchmenge noch weiter zu verringern. Damit die Verteilung auch der angesäuerten Milch den Berlinern „gesichert“ wird, bezahlt man sie den Milchbauern ebenso hoch, wie die einwandfreie Milch.

Zu demselben Thema teilt der Magistrat Berlin folgendes mit: Wie bereits verschiedentlich hervorgehoben, wird die Milch auf dem Lande nicht mehr so sachgemäß wie früher behandelt, insbesondere infolge Mangels an Arbeitskräften nicht den gebotenen Sorgfältigkeiten entsprechend gereinigt und gekühlt. Die hierdurch gesteigerte Empfindlichkeit der Milch hat in Verbindung mit der seit einiger Zeit herrschenden Gewitterluft dazu geführt, daß annähernd ein Drittel der gesamten in das Gebiet der Fettstelle Groß-Berlin eingehenden Milch in saurerem Zustande hier ankommt. Es läßt sich daher nicht vermeiden, auch einen Teil der sauren Milch in den Verteiler zu geben, zumal auch ihr ein erheblicher Nährwert zukommt. Die Fettstelle Groß-Berlin hat jedoch angeordnet, daß laute Milch an Kinder bis zu vier Jahren nicht ausgegeben werde und den Kleinkindern entsprechende Anweisungen erteilt. Sollten trotzdem diese Altersklassen saure Milch erhalten, so liegt eine Unregelmäßigkeit bei der Abgabe vor. Die Fettstelle Groß-Berlin (Milch) legt Wert darauf, von derartigen Vorfällen durch eine Anzeige Kenntnis zu erhalten. Die Fettstelle bleibt im übrigen weiterhin bemüht, die Ausgabe der sauren Milch nach allen Kräften einzuschränken.

Die Nahrungsmittelstelle predigt Geduld. Zu unserer in Nr. 194 veröffentlichten Betrachtung über Nahrungsmittelvorfreude“ äußert sich die Nahrungsmittelstelle des Berliner Magistrats. Die Zukunft ist verflucht nach dem Rezept, das wir von mancher aus dem Rathaus gekommenen Antwort zur Kenntnis kennen. Sie schilt eine weitläufige Aufzählung von allerlei nicht demangelten Selbstverständlichkeiten voraus und endet schließlich mit dem Eingeständnis des geklärten Sachverhalts, Ueberflüssigerweise fehlt sie auseinander, daß für die Nahrungsmittelverteilung eine Voranmeldung verlangt wird, daß diese dem Verbraucher die Belieferung sichern soll, daß nach Einreichung der Kartenabschnitte es nicht ohne eine Wartezeit von in der Regel 10 Tagen abgehen

kann und daß bei der Mehrzahl der eingereichten und noch der Belieferung harrenden elf Abschnitte an eine Erledigung noch gar nicht zu denken war. Ja, das alles mühten wir selber — und wir selber nannten alle Einreichungstermine, damit jeder sich ein Urteil darüber bilden könnte, wieviel Kartenabschnitte wohl endlich belieferungsfähig wären und wieviel noch nicht. Zugabe muß die Nahrungsmittelstelle das, worauf es uns ankam, nämlich die Tatsache, daß auch die schon in den Tagen vom 26.—28. Juni eingereichten Abschnitte 40—42 der Berliner Lebensmittelkarte noch nicht in allen Bezirken beliefert sind. Sie erklärt die Verzögerung aus Erkrankungen des Personals der zufahrenden Händler, verspricht aber, daß auch diesen Bezirken im wesentlichen am Donnerstags der laufenden Woche die Waren geliefert sein werden. Der Ruf „im wesentlichen“ läßt die Möglichkeit offen, daß selbst hier angegebene Zeitpunkt noch überschritten werden kann. Wir sind gespannt darauf, wann die lange „Vorfreude“ auf die aus den Kartenabschnitten 40—42 winkenden Genüsse wirklich und wahrhaftig für alle Einwohner Berlins vorüber sein wird.

Völlige Sonntagruhe in Charlottenburg. Das von der Charlottenburger Stadtoberordnetenversammlung vor etwa einem Vierteljahr beschlossene Ortsstatut über die Einführung der vollständigen Sonntagruhe im Handelsgewerbe, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, ist jetzt vom Bezirksausschuß genehmigt worden. Die Verordnung wird demnächst zusammen mit der gleichlautenden der Stadt Berlin und einiger anderer Groß-Berliner Gemeinden veröffentlicht werden. Die völlige Sonntagruhe in Charlottenburg tritt mit dem 1. August ein.

Neue Straßennamen in Charlottenburg. Der Charlottenburger Polizeipräsident hat 13 neuen Straßen, drei öffentlichen Plätzen, zwei Brücken und einem Park neue Namen gegeben. So heißt die Straße 6 in Abteilung V jetzt „Am Kollischhaus“, die nördliche Grenzstraße längs des Hohenzollernkanals „Santwiler Damm“, ferner gibt es jetzt eine Königsstraße, eine Königin-Elisabeth-Strasse, eine Meerseidstraße. Mehrere der neuen Straßennamen tragen Namen, die an Ostpreußen erinnern, so die Ostpreußenallee, die Goldener Straße und die Naturallee. Neu sind die Bezeichnungen Salierallee, Waldallee, Neuhallen und Soorstraße. Der Platz am Südbende der Oldenburgallee hat den Namen Oldenburgplatz, der Platz am Südbende der Straße 17a der Abteilung V den Namen Soorplatz erhalten. Ein weiterer Platz führt die Bezeichnung Siemenplatz. Die Fußgängerbrücke am Nordende des Bahnhofs Wilmersdorf heißt jetzt Wilmersdorfer Brücke über die Ringbahn im Zuge der Neuen Kanalar-Ostpreußenbrücke“. Der städtische Park an der Schorrenstraße ist nach dem früheren langjährigen Charlottenburger Oberbürgermeister „Schuhfernspar“ benannt worden.

Endgültige Regelung der Explosionschäden in Adlershof. Die feinerzeit erfolgte große Explosion der Kahlbaumchen chemischen Fabrik in Adlershof hatte in diesem Ort und den benachbarten Gemeinden umfangreiche Schäden angerichtet, über deren Regelung es zu weitläufigen Auseinandersetzungen gekommen war. Jetzt hat sich nach eingehenden Verhandlungen der Reichsstatistik bereit erklärt, die in den Gemeinden Adlershof, Alt-Glienicke und Johannisthal angerichteten Schäden zu ersetzen, ohne jedoch eine rechtliche Verpflichtung hierzu anzuerkennen.

Ueber die spanische Grippe hat in der letzten Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft Prof. Lubarsch, Direktor des Pathologischen Instituts, berichtet. Er stellte fest, daß es sich um eine Abart der Influenza handele und daß die Tatsache, daß gerade die jüngeren Leute so schwer unter ihr zu leiden haben, daraus erkläre, daß diese Jugendlichen noch nicht durch Ueberziehen von früheren Influenzazerkrankungen Schutzstoffe in ihrem Körper gebildet haben.

„Der Wahre Jacob“ ist eingetroffen und gelangt heute zur Ausgabe. Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Eidenicker Straße 96/97, bringen vom 19. bis 25. das Filmmwerk „Rigoletto“.

Klärung eines großen Schwindels. Im August v. J. wurde eine Danziger Großfirma durch Wagenschaffner mit einem Geldbrief und mit Wiro-, Sched- und Ueberweisungskonten bei der Sparkasse um 125 000 Mark geschädigt. Der Fälscher, der sich Walter von Lindner nannte, und nach Eingabung von 50 Mark ein Schedbuch erhielt, erbob auf Grund der erdichteten Konten 25 000, dann 70 000 und endlich dann noch 8000 Mark. Erst bei der Verrechnung der Sparkasse mit der Großfirma kam der Schwindel ans Licht, zugleich auch die Wagenschaffner mit einem Geldbrief, die das Geschäft 20 000 Mark kosteten. Die Ermittlungen ergaben, daß sich hinter „Walter von Lindner“ ein 27 Jahre alter Bureauassistent Bruno Kunz verbarg, der bei der Firma angestellt gewesen war und ein gewisses Vertrauen genossen hatte. Kunz war durch seinen Gang zum Wohlleben auf die schiefste Bahn geraten. Er unterschlug erst die 20 000 M., verließ dann seine Stellung und setzte nun die Schwindelaktion bei der Sparkasse ins Werk. Seine Dreifigkeit ging so weit, daß er, obwohl er dort nicht unbeschäftigt war, noch eine Stelle in Danzig blieb und den Lebermann spielte. Als „Quarantenaleutnant“ besuchte er die vornehmsten Wirtshäuser und machte einmal an einer Stelle mit einer Sängerin eine Heche von 2000 M. Ein zweites Verhältnis knüpfte der Schwindler mit einer früheren Zigarettensarbeiterin Elisabeth Schulz aus Neu-Weelitz an. Abwechselnd mit ihr und der Sängerin, zuweilen auch allein, kam er nach Berlin, um auch hier den großen Mann zu spielen, bei dem es auf Geld nicht ankam. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß er sich nach Neu-Weelitz gewandt hatte, wo er unter dem Namen Walter Schwarz als Bediener der Schulz auftrat. Aus Papieren, die er hier sehen ließ, schien hervorzugehen, daß sich Herr Schwarz als Kriegsbeschädigter in einer Auseinandersetzung mit der Wittibbehörde über seine Rente befand. Unterdessen richtete er sich in Bromberg eine feine Wohnung ein, um sich dort unter dem Namen Schulz häuslich niederzulassen. Bevor er jedoch dazu kam, ermittelte ihn aber ein Nachmeister in Neu-Weelitz. Kunz wurde auch seine Geliebte Elisabeth Schulz festgenommen. Eine Anzahl Papiere, die der Schwindler benutzte, haben, wie die Ermittlungen weiter ergaben, Schweslern der Schulz angefertigt, die in Danzig und anderen Städten, in behördlichen Stellen waren.

Ein folgenschwerer Straßenzufammenstoß hat sich am Königs- tor zugetragen, wo schon mehrfach solche Kollisionen haben. Ein gut besetzter Wagen des Duxings 4 fuhr auf einen haltenden Wagen des Stadtrings I von hinten auf. Beide Wagen wurden stark beschädigt und ein Duxend fahrgäste mehr oder weniger schwer verletzt. Sie wurden im Krankenhaus Friedrichshagen verbunden und dann zum größten Teil entlassen. Unter den Verletzten befanden sich eine Fahrerin, Sanitätsrat Dr. Gumpert, Greifswalder Str. 188, Frau M. A. Küdert, Kopenstr. 15 und Robann Koppin, Steinweg, Trautenhofstr. 44. Ferner Willi Klein, Petersburger Str. 59, Otto Galat, Carmen-Sylvia-Str. 39, Ernst Mühlke, Frankfurt Str. 10 und Fr. Schmidt, Lichtenberg.

Wilmersdorf, Käseverteilung. In der Zeit vom 18. bis 24. werden an diejenigen Einwohner, welche in die Speisefett-Kundenlisten der in den Bezirken der Volkswirtschaften 1, 4a, 4b, 6b, 7 und 8 in Wilmersdorf gelegenen Geschäfte (Zentral, Verkaufsstellen) eingetragen sind, je 125 Gramm Käse verteilt. Die Käse sind durch ein Ausschlagsbild: „Verkauf von Käse der Fettstelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet. Der Käse darf nur auf die kurze

Groß-Berlin
Der städtische Lehrer als Hauseigentümer. Eigentümer des Hauses F ü r b r i n g e r s t r. 11 ist der städtische Lehrer M a n i g. Im Jahre 1914 bezog die alleinstehende Arbeiterin F. in diesem Hause eine auf einem einstufigen Zimmer, Küche und mit einem Fenster versehenen Gang bestehende Wohnung zum Preise von 31 M. pro Monat. Nach ihrer Angabe sei die Wohnung seit Jahren nicht renoviert worden. Als nun die Bewegung der

gültigen Speisekarten für Groß-Berlin abgegeben und entnommen werden. Eine besondere Anmeldung zum Bezuge des Käses findet nicht statt. Der Preis für 1 Pfund Hauptkäse wird auf 1,70 M. festgelegt.

Neulösn. Gemüseverjorgung. Der Magistrat richtet an die Bediener und an die Händler im Angelegenheit dieser Nummer die Aufforderung, die gegenwärtige günstige Gelegenheit zu benutzen und sich reichlich mit Gemüsevorräten zu versorgen.

Reinisdorf. Lebensmittel. Ernährungsmittel auf Abschnitt 28 können noch bis zum 20. d. M. bei allen Händlern, auch solchen, die nicht Kartoffeln führen, bezogen werden. Es entfallen auf jedes ausgefallene Pfund Kartoffeln 100 Gramm Nahrungsmittel (Häufel, Feigwaren, Suppen usw.), auf jeden Einzelabchnitt demnach 50 Gramm. Ein Anspruch auf eine bestimmte Warenartung steht niemand zu. In der Bekanntmachung über die Abgabe von Grüte muß es heißen: „die für 100 Gramm Grüte 8 Pf., Pfundpreis 86 Pf.“

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Lichterfelde. Am Sonntag, den 21. Juli, findet ein Ausflug nach der Pfaueninsel statt. Treffpunkt in Wannsee an der Bahnhofsallee um 1 Uhr. Abfahrt Lichterfelde-West 12.30. Mitglieder und Gäste sind willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. G., Hamburg. Filiale Neulösn.) Mitgliederversammlung morgen, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei P. Kramer, Hietzstr. 69.

Gerichtszeitung.

Wie's gemacht wird. Der Betrieb einer Brotkornzentrale, in welcher Umfange von etwa 100000 Stück Brotkorn erzielt wurden, wurde in einer Verhandlung vor der 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Geh. Justizrats Wille aufgeföhrt. Angeklagt wegen Diebstahls bzw. gewerbmäßiger und einfacher Diebstahl waren angeklagt: der Buchbinder und Maschinenmeister Gustav Gröschle, der Drucker Friedrich Jungbluth, der Maschinenmeister Paul Pabst, die Frau Veria Gröschle, Frau Charlotte Giffelsch und deren Mutter, die Frau Klara Giffelsch. Die drei Angeklagten Gröschle, Jungbluth und Pabst waren in Gemeinschaft mit einem gewissen Max Kowoinit,

gegen den das Verfahren abgetrennt worden ist, bei der Buchdruckerei P a b s t e r, welche wegen Ueberlassung der Firma Hermann Giffelsch und Brotkornarten zu drucken hatte, beschäftigt gewesen. Wie der Angeklagte Gröschle behauptete, hätten in der Druckerei die Brotkornarten überall herumgeliegen, seien ausgelegt worden usw. Der Verteidiger des G., Justizrat B a u d e, stellte den Antrag, mehrere Zeugen darüber zu vernahmen, daß der Inhaber der Firma Pabstbender, Piefing, sobald die Angeklagten an ihn wegen einer Lohn-erhöhung herantraten, nicht nur habe durchblicken lassen, sondern ganz offen geäußert habe, sie sollten sich Brotkornarten nehmen und zu Geld machen. Zufällig habe sich jeder Angestellte der Firma ohne weiteres 2-3 Brotkornarten pro Woche nehmen können. Wie der Angeklagte Gröschle weiter behauptet, habe Kowoinit, der etwa 80000 Brotkornarten entwendet habe, zu ihm geäußert, er habe keine Angst, daß etwas passiere, denn er müsse ja ein Paket Brotkornarten auch in die Privatwohnung des Chefs bringen.

Durch diese höchst eigenartigen Verhältnisse wollen die drei Angeklagten der Verführung erliegen sein, es ebenso zu machen. Die gestohlenen Brotkornarten wanderten in ganzen Paketen durch die Mitangeklagte Gröschle, mit der Gröschle ein intimes Liebesverhältnis unterhielt, an einen gewissen Giffelsch, der damit einen schwindehaften Handel trieb, Hunderttausende verdiente und seine Frau, die jetzige Angeklagte G., mit einer dicken Tasche voll Tausendmarkscheinen nach Treiberg schickte. Frau G. spielte dort die Rolle einer Millionärin, unterhielt u. a. auch ein Liebesverhältnis mit einem Studenten Herz, dem sie 8000 M. lieb. Giffelsch wurde später, wie feinerzeit gemeldet, von einem Komplizen der Handelszentrale für Brotkornarten namens Affeldt in einer Kassekammer nach einem Streit über den Erlös erschossen. — Vor Gericht waren die Angeklagten nur zum Teil geständig. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß durch das höchst gemeingefährliche Treiben der Angeklagten die Volksernährung gefährdet worden sei, gegen Gröschle 3 Jahre 6 Monate, gegen Jungbluth 1 1/2 Jahre, gegen Pabst 1 1/2 Jahre, gegen die Gröschle 2 Jahre und gegen Frau Giffelsch und deren Mutter je 1 1/2 Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Gröschle auf 3 Jahre Gefängnis. Von den Rechtsanwältinnen Justizrat Dr. Werthauer, Bahn und Dr. Curt Pincus wurde für die übrigen Angeklagten um mildere Strafe gebeten, die das Gericht bei Jungbluth auf 1 Jahr 6 Monate, bei Pabst ebenfalls auf 1 Jahr 6 Monate, bei der Gröschle auf 6 Monate 1 Woche, bei der Giffelsch auf 2 Monate 1 Woche und schließlich bei der Piefing auf 7 Wochen Gefängnis bewilligte. Was auf die letztere wurden allen anderen 6 Monate auf die Unterjuchungsfrist angerechnet und die Frauen aus der Haft entlassen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 1, Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmtem Antrage ist ein Poststempel und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Entschädigungen und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Edm. Sch. 1. Sie können jetzt schon Antrag auf Rente stellen. 2. Sie können eine Beschwerde natürlich nur auf dem Dienstwege einreichen. — Alter Abonnent 1. X. 10. Der Antrag ist beim Magistrat zu stellen. — C. H. 50. Etwa 1/2 des Einkommens hat die Frau als Unterhaltungsgehalt zu beanspruchen, für jedes Kind müssen bis 50 M. monatlich gezahlt werden. — S. 53. 1. Wenn Bedürftigkeit vorliegt, 2. An die Kriegskinderberühmte deutscher Frauen, Gräfininzel der Kronprinzessin, Volldam, Neuer Garten. — S. 25. Der Kurverlust geht zu Ihren Lasten. — P. G. 1. Das ist u. B. gestattet, 2. Das ist wohl möglich, Sie muß aber die Genehmigung des dortigen Gouverneurs und der hiesigen Polizeibehörde haben, 3. Darüber muß sich die Frau in ihrem jetzigen Wohnorte erkundigen, 4. Nein. — Gladu. Die Fortsetzung der Invalidenversicherung empfiehlt sich. Anspruch auf Altersrente haben Sie mit vollendetem 65. Lebensjahr, wenn Sie 1000 Mark nachweisen können. — G. S. 29. Es würde sich empfehlen, daß durch die Firma noch beim Generalkommando Beschwerde eingelegt wird. — S. 2. Ja.

Wasserhandelnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 16.		17.		Wasserstand am 16.		17.	
Remel	Uhr	cm	om	cm	om	cm	om
Remel	Uhr	131	—	Zaale	Gröschle	61	26
Vregel	Amberg	—	—	Havel	Spandau	30	27
Pregele	Thorn	—	—	—	Rathenow	—	10
Oder	Radibor	122	113	Spree	Spremburg	78	—
—	Frohen	93	91	—	Kaßdorf	210	197
—	Frankfurt	108	101	Weser	Räden	116	105
Warthe	Schrum	60	—	—	Räden	172	176
—	Landberg	5	9	Rhein	Worms	—	—
—	Bercham	—	—	—	—	—	—
—	Leitmeritz	—	—	—	—	—	—
—	Preßden	—	—	—	—	—	—
—	Barby	94	91	—	—	—	—
—	Magdeburg	89	77	—	—	—	—

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zunächst etwas kühler, nordöstlich der Eder noch stielich Gewitterregen, in den anderen Gegenden noch stielich heiter, später im Westen langsame neue Zunahme der Bewölkung und reichliche Gewitter.

Deutsches Theater.
Mit Max Pallenberg
Freitag u. Sonnabend:
8 Uhr: Familie Schmek.
Sonntag: Bibikoff.
Kammerspiele.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Inkognito. (Operette).
Volksbühne, Th. a. Bülowpl.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Ein Sommerstraum.
Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin.
Theater Königgrätzerstr.
Dir. C. Melnhard — R. Bernauer.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus
8 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Blitzblaues Blut.
Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Lipionstr.
Telephon: Norden 9650.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die erste Geige.
Sonnt. nachm. 3 1/2, kleine Pr.:
Jugend.

Theater für Freitag, 19. Juli.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die schöne Helena.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Kinokönigin.
Kleines Theater
8 Uhr: Aristid und seine Fehler
mit Bassermann.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Vorabend: Bitte recht freundlich!

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die spanische Fliege
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der billenden Linde
Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Scenische Skizzen
National-Theater
3/8: Mäuschen.

Gemüseverjorgung.

Die Zufuhren an Frühgemüse aller Art, insbesondere an Möhren und Karotten, sind in den letzten Tagen sehr groß gewesen, jedoch es dem Magistrat nicht möglich war, alle Mengen an die Bevölkerung zum Frischverbrauch abzugeben. Die Ueberlieferung ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die Landwirte zurzeit noch nicht mit der Getreideernte begonnen haben und daher ihre Arbeitskräfte zum Ernten des Frühgemüses in Ausbruch nehmen und teilweise, und das ist hauptsächlich der Hauptgrund der augenblicklichen Ueberlieferung — darauf, daß die Preise für Gemüse zurzeit auf einer Höhe stehen, wie sie im Laufe des Jahres nicht wieder erreicht werden. Deshalb an gereist, sind die Landwirte dazu übergegangen, Gemüse, das sich noch weiter entwickeln hätte, aus der Erde zu reißen und an diejenigen Stellen, die mit ihnen Verträge abgeschlossen haben, abzugeben.

Da nun in den nächsten Tagen wohl überall mit der Getreideernte begonnen wird und andererseits die Preise für Gemüse immer weiter heruntergehen, wird die Zufuhr, die bis jetzt überreichlich war, ganz gewaltig nachlassen, ja sogar zeitweilig aufhören.

Mit Rücksicht hierauf liegt es im dringendsten Interesse unserer Bevölkerung, wenn sie von dem zurzeit reichlichen Gemüseangebot ausgiebig Gebrauch macht. Insbesondere möchten wir unserer Bevölkerung dringend empfehlen, die von uns beschafften, jungen Möhren und Karotten in größeren Mengen abzuschneiden und für spätere Zeit aufzubewahren. Die jungen Möhren und Karotten eignen sich ganz besonders zum Einmachen und können auf diese Weise viele Monate lang haltbar gemacht werden. Sie sind ganz vorzüglich im Geschmack und haben ein hervorragendes Aroma. Dinge kommt, daß sie von allen Gemüsen wohl am meisten Nährstoffe in sich tragen. Da jede Hausfrau mit dem höchst einfachen Verfahren des Einmachens vertraut ist, glauben wir, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um unsere Bevölkerung zu veranlassen, sich für eine spätere, gemüßearme Zeit möglichst mit dem anseherndlich nahrhaften Gemüse einzudecken.

Die Gemüsehändler erlauben wir, sich an der nächstigen Gemüse-Ausgabe stelle einzufinden und mit Gemüse reichlich zu versorgen, damit sie in der Lage sind, die Nachfrage unserer Bevölkerung zu befriedigen. Diejenigen Händler, die diesem Entschluß nicht nachkommen und aus dem Grunde den Wünschen ihrer Kunden nicht gerecht werden können, werden von der weiteren Ueberlieferung von Gemüse und Kartoffeln ausgeschlossen werden.

Neulösn. 17. Juli 1918.

Der Magistrat.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel der
Leipziger Seldel-Sänger.
Anfang 7 1/2
Ab 1. Aug. Stettiner Sänger.
Reichshallen-Saal u. Garten
Blüthen-Konzert.

15 000 M. Belohnung!
Demjenigen für Wiederherstellung der uns in der Nacht zum 15. Juli durch Einbruch gestohlenen Teppiche.
3000 M. für den Rachweis der Täter.

Quantmeier & Eicks,
Wilhelmstr. 55.
Telephon: Centrum 1524
oder 8803.

Rach soll sechsbeiger schwerer Dienstzeit nach am 1. Juli 1918 im Feldlazarett im Westen an den Folgen seiner schweren Verwundungen (Kopf- und Brustwunden) mein lieber guter Mann, Vater meines Tochterchens, Vater innigstgeliebter Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Unteroffizier 2734b

Hermann Bischof
Inh. des G. Nr. II. 21.
im Alter von 28 Jahren
In tiefem Schmerz
Martha Bischof, geb. Liebig,
nebst Klein-Grätrud,
August und Ida Bischof,
als Eltern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Vorstandsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, die Metallarbeiterin

Margarete Lanske
Stettiner Straße 24, am 16. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Griefelkirchhofes, Vorkam, Wollantstraße, aus statt.
Nege Beteiligung wird erwartet. 115/7

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Reichsanter

Friedrich Behrens
(Steglich), am 14. Juli gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Holzleger

Robert Halzky
Charlottenburg, Wollantstr. 4, am 14. Juli gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Arbeiter

Adolf Metzertien
Hardenbergstr. 3, am 11. Juli gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Schlosser

Gustav Schubert
Wiederkehrenstraße, Berliner Straße 40, am 22. Juni gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirksamt Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Bezirksdiener

Karl Sumpf
von der Firma Ufflein am 16. Juli im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Griefelkirchhofes, Nordend, Wollantstraße 6, aus statt.
Am rege Beteiligung wird erwartet. 62/19

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Geschäftsführer

Artur Freund
am 8. Juli im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Geschäftsdienner

Felix Rottmann
am 14. Juli im Alter von 31 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Admiralspalast.

Die Prinzessin von Tragant
Sajdan
Deutsche Tänze
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Berliner Prater-Theater
Kaffeehausallee 7-9.
Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung:
Im Wollentragamer.
Große Sollen-Revue in 5 Bildern
Dazu die großart. Spezialitäten

SARRASANI

„Torpedo — los!“ das gr. Manege-Schaustück
SARRASANI
Sonntag 2 Vorstellungen 3 u. 7 1/2 Uhr.

Leppeline über London

1. Manege-Schaustück
„Torpedo — los!“ i. artist. T.:
Der Ruff u. d. Sell i. schwind.
Höhe unter der Zirkuskuppel.
Vorverk.: Zirkusk., Werth.

Palast

mit dem Schwank
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Großer Lacherfolg!
Gesamt-Gastspiel
des
Herrfeld-Theaters
Die Kriegsgewinnler.
Hauptroll.: Dir. A. Herrfeld, Ferd. Grünecker.

DER „HIAS“

Im I. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. ■ Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft. ■ Der Traum des verwundeten Leutnants. ■ Im II. Akt: Der gescherte Alisi. ■ Das urfidele Front-Brett. ■ Im III. Akt: Das Kriegsgericht. ■ Die glänzende Film-Einlage: „Sturm auf Schloß Mont-Plaisier“.

Täglich 7 1/2 Uhr abends
Sonntag 2 Vorstellungen: 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr

WALHALLA-Theater

• Weinbergsweg.

Gewerkchaftshaus.

Sonntag, den 21. Juli 1918: Im großen Saale feiert der
Rauchklub „Zur grünen Linde“
sein 25 jähriges Stiftungsfest.
Gesangs- und humor. Beiträge. Berliner Sinfonie-Orchester.

Im herrlichen Naturgarten:
Konzert u. Vortrag des beliebtesten humor. Damentrios.

Sonntag mittag:

Blumentopftuppe	0,50	Gänseleber i. Topf	5,00
Spitzsal	4,00	Roastbeef	4,00
Blumentopf, holland.	2,00	1/2 Coularde	5,00
Geflügel in Bier	4,00	Salat	—
Champignon à la moirte	3,00	Speise	—
Rabeljou auf Seemannsart	2,50	Kompott, Salat	—

Avia! Heute und morgen:
Hühnerbrühe, a Liter 60 Pf., und darin gekochte Fetthühner, 1/2, Fetthuhn 10 M.

Trianon-Theater
Bht. Friedrichstr. Znr. 4927. 2391
8 U. Zum 22. Mal: **Der Lebensschüler.**
Kaiser-Tilt, Bildt, Flink.
Sonnabend nachm. 1/2 kl. Pr.
Schneewittchen.
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Kaufe

nur Freitag, 19. u. Sonnabend, den 20. Juli, von 10 bis 6 Uhr, alte, auch zerbrochene 90/5*

Zahngebisse

sowie alte Holzdrucke, im
Gorel zum grünen Baum,
Krausenstr. 64/66, Nummer 1, pt.

Zahle

pro Bahn von 0,50 an bis 4 M.,
Klein pro Gramm 7,50 M.
Fran Willig.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und meine gute Mutter

Ida Paschke
geb. Gohlke
nach langem und schwerem Leiden am Montag, den 15. Juli, verstorben ist.
Dies geht in tiefer Trauer, um stille Teilnahme bittend an, der trauernde Gatte
Leo Franz Paschke
nebst Kindern,
Rodenlagerer Straße 38.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 19. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem hies. Anstalts-Friedhof in Buch statt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wilmersdorf.
Am 16. Juli starb unter Mitglie, der Maurer

Paul Fengler.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof, Berlin, Straße 101-103, statt.
Am rege Beteiligung erwartet.
40/12 Der Vorstand.

Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin

Am Freitag, den 12. Juli, verstarb unser langjähriger Mitglied und Mitbegründerin, Frau

Gertrud Dietrich
Neulösn, Kaiser-Friedrich-Straße 197.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37/38 statt. 300/15

Wiede ihrer Asche!

Dankagung.

Zurückgelehrt dem Grabe meines herzensguten Vaters sage ich unseren Bekannten, Nachbarn, sowie seinen Kollegen für die Beweise herzlicher Teilnahme meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
Emma Kurach,
Stephanstr. 60. 200/18

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 5. Mai 1918 an den Folgen einer schweren Verwundung unser treuer Kollege und langjähriger Mitarbeiter in der Arbeiterjugend Sozialer Vorstadt

Georg Kalinka
im Alter von 19 Jahren.
Wir werden sein Andenken allezeit in Ehren halten!
Die Arbeiterjugend Berlin.

Dankagung.

Zurückgelehrt dem Grabe meines herzensguten Vaters sage ich unseren Bekannten, Nachbarn, sowie seinen Kollegen für die Beweise herzlicher Teilnahme meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
Emma Kurach,
Stephanstr. 60. 200/18

Dankagung.

Zurückgelehrt dem Grabe meines herzensguten Vaters sage ich unseren Bekannten, Nachbarn, sowie seinen Kollegen für die Beweise herzlicher Teilnahme meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
Emma Kurach,
Stephanstr. 60. 200/18

Dankagung.

Zurückgelehrt dem Grabe meines herzensguten Vaters sage ich unseren Bekannten, Nachbarn, sowie seinen Kollegen für die Beweise herzlicher Teilnahme meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
Emma Kurach,
Stephanstr. 60. 200/18

Dankagung.

Zurückgelehrt dem Grabe meines herzensguten Vaters sage ich unseren Bekannten, Nachbarn, sowie seinen Kollegen für die Beweise herzlicher Teilnahme meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
Emma Kurach,
Stephanstr. 60. 200/18

Dankagung.

Zurückgelehrt dem Grabe meines herzensguten Vaters sage ich unseren Bekannten, Nachbarn, sowie seinen Kollegen für die Beweise herzlicher Teilnahme meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
Emma Kurach,
Stephanstr. 60. 200/18

Im Bahnwärterhäuschen.

Von Wilhelm Scharrelmann.

Es waren Sommertage, die wie ein einziges Lächeln Gottes waren.

Wochen und Monate hatte ich über meiner Arbeit gefesselt und kein Auge für die Schönheit des Sommers gehabt.

Aber die Nächte! Jene hellen Sommernächte, die voll von tausend Geheimnissen durch Gärten gehen und in uns eine Sehnsucht wecken, die ruhelos und schwebend ist wie der Flügelschlag eines Reichers.

Und eines Morgens, das erste Sonnenlicht spielte seinen brausenden Morgenchoral, hielt mich's nicht länger.

Meine Träume schweiften bis in die nordischen Fjorde, kreisten mit leuchtenden Flügeln um die Berge Tirols.

So wurde es wiederum nur eine kurze Fahrt in die Heide, eine Wanderung an schweigenden Föhrenwäldern entlang.

In einem einsamen Bahnwärterhäuschen blieb ich nach einigen Tagen zur Nacht.

Ein Giebelzimmer, drei Schritt im Gebierr, Kamin und Stube zugleich. Ein Fenster, bequem mit den Schultern auszufüllen.

Unter der Garten: ein bunter Bispel im braunen Kleide der Heide, ein grüner, leuchtender Bispel. Unter dem Bahndamm Sonnenblumen, Ackerbohnen und Feuerlilien in unerhörter Pracht.

Langsam kriecht von weitem ein Zug heran, wächst mächtig ins Große, rattert und stampft, daß das Haus erbebt und das Wasser glas auf dem Tisch hinter mir klirrt.

Nun ist er vorbei und eine blasser Wolke von Dampf, die er hinter sich gelassen, hängt unschlüssig in den Wipfeln, weiß nicht, wohin, und zerregt darüber in dem jagen Winde.

Am Mitternacht kommt der letzte D-Zug. Er rast unter meinem Fenster vorbei, als müßte er das Dunkel, das auf den Schienen lastet, zerhacken und zerstampfen.

Dann, langsam wie die Ringe eines Wassers drehen, in das jemand einen Stein geschleudert, kehrt die Stille zurück, schwingen die Stunden wieder ihren lautlosen Reigen.

Und so länger die Stille dauert, um so tiefer wird ihre Sehnsucht nach dem, was ihr Erfüllung gibt. Denn alle Stille will Klang, will Rhythmus, will Gesang.

Aber hier ist niemand, der ihre Sehnsucht stillt. Der Klang einer Flöte könnte es vielleicht, eine dunkle, weiche Melodie. Aber die Natur weiß besser, was in diese Stille paßt.

Ein Riegenmeller beginnt zu hinnen, fast wehmütig klingt's, immer die kleine Terz, geheimnisvoll, als hätte die Stille selbst Stimme bekommen und länge ins Dunkel.

Da, über mir, plötzlich ein silberner Streif. Eine Sternschnuppe.

Als löste die Nacht einen der Sterne aus der Flut ihres dunklen Saars und warf ihn ins Uferlose hinab.

Wieder eine — jetzt dort — schon wieder eine — mehr — eine Wägenliche Verklärung an Schönheit und schimmernder Pracht — und doch nur ein Violoncello von dem Leberfuß an Licht und Klang da oben. Wie die Blätter von dem Blütenmeer des Himmels, das auf den dunklen Blüten freist.

Der Mond ist höher gekommen. Deutlich erkennt man in seinem blassen Licht den Weg durch die Föhren, die lautlos im Dunkel stehen.

Schöner kann der Himmel auch über den Tiroler Bergen nicht sein, schöner nicht über den Fjorden des Nordens, tiefer nirgends die Stille, geheimnisvoller nicht der Wald und demütiger nirgends die Nacht.

Plötzlich ringende Stimmen, Gitarrenklänge, Gleichschritt von Füßen. Wandervogel, die eine Nachtfahrt machen und auf der fernem Landstraße vorbeiziehen.

Und dann ist alles wieder mein: Licht und Welte, Himmel und Erde, die Stunde jetzt und die Stille, die wie ein ruhender Glockenschlag wieder schweigend unter der Kuppel des Himmels hängt.

Wie die Schienen im Dunkel gleiten. Denken, daß sie durch das Dunkel der Nacht bis in die Berge gehen, an Wäldern und Hängen vorbei, an Aleschern und Strömen, über rauschende Schluchten hinweg und mondlichterfüllte Wasserfälle, von einer Einsamkeit in die andere reichen, die alle das Land schweigend in seinen Armen hält, fest und ruhig, wie eine Mutter ihre Kinder.

Und rings an den Grenzen brennt der Krieg. —

Auf dem linken Marne-Ufer.

Da, wo die Armee des Generalobersten von Boehn nach dem Ueberfließen der Marne das linke Ufer genommen hat, liegt eine Landschaft, die der Franzose als „L'auie-Erie“ (Bris Pouilleuse) bezeichnet.

Während an der Nordseite des Flusses die günstigen, nach Süden schauenden Hänge dem Weinbau dienen, findet sich auf dem Südufer in dem schwach gewellten Hügelkette zwischen der Marne und dem kleinen Morin vorwiegend Acker, Weize und Wald.

Der Hauptverkehrsweg der die Landschaft nach Süden durchzieht, ist die Eisenbahn, die etwas westlich von Zaulgonne von der Marne nach Paris abgeht; man erreicht sie, wenn man sich von Zaulgonne aus südwärts wendet, in der Gegend von Grézanzy; hier beginnt die eigentliche L'auie-Erie, und Grézanzy ist einer ihrer Hauptorte.

Es ist ein großer Flecken, an dem wenig Bemerkenswertes ist, abgesehen von der landwirtschaftlichen Schule. Hier erreicht die von der Marne kommende Bahn auch den Surtelin, dessen Ziel sie ein Stück folgt.

Es ist ein verhältnismäßig natürliches Fließchen, denn der Surtelin nimmt beinahe alle Wasserläufe auf, die aus der L'auie-Erie nach Norden abfließen. Man braucht dem Fließchen nur ein Stück weiter aufwärts zu folgen, so kommt man nach Condé-sur-Erie.

Er bedeutet dasselbe, wie das deutsche Koblenz, nämlich Zusammenfluß. Hier nimmt der Surtelin den Dhuis und zwei andere Flüsse auf.

Condé ist ein kümmerliches, recht altes Städtchen; der Lauf des Dhuis durchzieht es; unmittelbar an seinem Ufer liegt ein Schloß mit einem reizenden Park; allenthalben wird das Wasser des Dhuis künstlich verteilt, denn Condé baut in großem Maßstabe die Kresse an, die diesen Wassers bedarf.

Kurz der Dhuis ist hier verhältnismäßig wasserreich, denn die Fließchen, die nicht dem Surtelin selbst zufließen, vereinigen sich mit ihm. Es fließt in einem Bett mit zahlreichen Windungen durch eine Weizenlandschaft dahin; wenig weiter aufwärts aber findet man wohl noch das Flußbett, aber es wird dann erkennbar wasserarm, und wer den Zusammenhang nicht kennt, fragt sich verwundert, wie es möglich ist, daß der Fluß im Unterlaufe so viel breiter und wasserreicher ist, als dem Oberlaufe entspricht.

Des Rätsels Lösung findet man bei Vargny, einem kleinen Dorfe; der Dhuis ist es, der die Stadt Paris mit Wasser versorgt. Das rechte Wasser aus den Höhlen der Kaufebrie wird gesammelt und in einer kunstvollen Wasserleitung, die im ganzen eine Länge von 181 Kilometern hat, nach Paris geleitet.

Seit dem 15. August 1895 ist diese Wasserleitung in Betrieb. So weit es sich um die Wassermengen handelte, hat sie nie versagt, ja ein Teil des Wassers strömt von Vargny aus nordwärts im Bette des Dhuis der Marne zu, und nur ein Teil wird nach Paris geleitet.

Während des Deutsch-Französischen Krieges mußten die Pariser das Wasser der Kaufebrie freilich entbehren. Im September 1870 leisteten die deutschen Truppen das Wasser aus dem Surtelinbett in das eigentliche Bett des Dhuis, und bis zum 18. April nächsten Jahres führte der Bach die Wassermenge, die ihm von Natur zugemessen ist.

Er wollte seiner Stimme einen weichen Klang und seinem Gesicht den Ausdruck eines großen Glückes verleihen, aber es gelang ihm nicht recht, denn seine Schuhe waren ganz durchnäßt, die Gummischuhe voll Wasser und Schmutz, und übrigens hatte er heute noch sehr viel zu tun.

Eine Stunde blieben sie beisammen. Sie entschloß sich erst zur Umkehr, als ihr Gesicht und ihre Hände so durchgefroren waren, daß Karl sie mit Klößen erwärmen mußte. Als er Lucy beim Abschied fragte, ob sie wirklich ein so wichtiges Anliegen gehabt hätte, wie sie es telephonisch behauptete, warf sie sich ihm stürmisch um den Hals.

„Ich liebe dich, ich wollte es dir bloß sagen, ich wollte dich bloß sehen.“

Endlich ging sie, kehrte aber ein paarmal zurück, um sich nochmal zu verabschieden, ihn nochmals ihrer Liebe zu versichern und ihn zu bitten, er möchte den Wald erst verlassen, wenn sie in den Wagen gestiegen sei, der auf sie in einer von allen Seiten umzäumten Gasse wartete.

Die Mittagspfeifen begannen schon die Luft von allen Seiten zu zerreiben, als Vorowiecki zu seinem Wagen gelangt war und fast im Galopp ins Kontor fuhr.

Er trat bloß Buchholz und Horn, die anderen waren schon zum Mittagessen gegangen.

„Sie akzentuieren Ihre Worte zu sehr“, sprach Buchholz leise, sich im Fauteuil streckend.

„Ich verstehe nicht anders zu sprechen“, knurrte Horn. „Dann müssen Sie's lernen, ich danke das nicht.“

„Das ist mir schämlich, Herr Rat“, erwiderte jener fast ruhig, bloß die Lippen zuckten ihm nervös, und die blauen Augen verdunkelten sich plötzlich.

„Zu wem sprechen Sie so?“ Er erhob die Stimme. „Zum Herrn Rat.“

„Herr Horn, ich warne Sie, ich habe nicht zu viel Geduld, ich werde Sie...“

„Es interessiert mich nicht, ob Sie Geduld haben oder nicht.“

„Unterbrechen Sie mich nicht, wenn ich spreche, wenn Buchholz spricht!“

„Ich sehe den Grund nicht ein, warum nicht Buchholz schweigen soll, wenn Horn spricht.“

Buchholz wollte aufspringen, wachte aber vor Schmerz auf, streichelte eine Weile die unentwickelten Beine und atmete tief. Die Augen bedeckte er mit den Händen. Wut schüttelte ihn, aber er schwieg, er wollte sich beherrschen.

Horn, der ihn mit vollem Bewußtsein und sogar mit einer gewissen Reihode immer mehr reizte, schloß die Bücher, nahm mit größter Ruhe seine Pfeife, Radergummi und

Kriegsfürsorge im Altertum.

Die Fürsorge zur Unterstützung der Angehörigen der Eingezogenen, der Kriegsbefähigten und der Hinterbliebenen der Gefallenen, die im heutigen Staat organisiert ist, war bis vor einem Jahrhundert unbekannt. Noch die Invaliden aus den Kriegen Friedrichs II. zogen mit Leierlilien umher, und auch nach den Befreiungskriegen wurde für die Kinder der Gefallenen noch wenig getan. Eine solche Fürsorge kann sich nur bei einem Volkstheoretiker entwickeln, und deshalb ist auch das einzige geschichtliche Vorbild für die heutige Kriegsfürsorge im griechischen Altertum zu finden, wo ebenfalls Bürgerrechte für die Freiheit des Vaterlandes kämpften. Die wichtigsten Beweismittel für diese Kriegsfürsorge im klassischen Altertum stellt Dr. J. Mert in der „Oesterreichischen Rundschau“ zusammen.

Der erste entscheidende Hinweis findet sich in der berühmten Rede des Perikles, die dieser bei der Totenfeier für die Gefallenen des ersten Jahres des Peloponnesischen Krieges hielt. Am Schluß dieser Rede heißt es nach der Wiederholung des Epitaphios: „Ihr Kinder aber wird von nun an bis zur letzten Volljährigkeit die Stadt auf ihre Kosten erhalten.“

Als Demosthenes die Trauerrede für die bei Chaeroneia Gefallenen hielt, brachte er denselben Gedanken zum Ausdruck. Was ist die ihm von der Heberlieferung zugesandte Grabrede bestimmt unecht, doch ist an der Wichtigkeit dieser Worte in dem Schlußteil nicht zu zweifeln. „In Stelle des kurzen Lebens“, heißt es da, „das sie geerntet, ist der Ruhm, den sie für die ganze Folgezeit hinterlassen, unverwundlich. Im Glanze dieses Ruhms werden ihre Kinder als Erben eines geachteten Namens vom Staat aufgezogen werden, ebenso wie ihre Eltern, allgemein geehrt, ihr Anteil genießen werden.“

Auch der Redner Isokrates führt in einer Rede interessante Einzelheiten über die staatliche Fürsorge in Athen an, indem er erzählt, wie bei den Festen des Dionysos die Kinder der im Kriege Gefallenen ins Theater geführt und dort von den anderen Zuschauern geehrt wurden.

Solche Kriegsfürsorgegehalte müssen bereits sehr früh im athenischen Staat erlassen worden sein. Sie scheinen weit über die Perseerkriege bis ins 6. Jahrhundert hinein zurückzuführen, denn ernste Forscher tritten sich darüber, ob Kambyses oder Solon zuerst ein solches Gesetz durchbrachten, nach dem die Kriegsbefähigten und die Kinder der Gefallenen vom Staat erhalten werden sollten. Von dem etwa um 450 in Athen lebenden Verfassungstheoretiker Hippodamos berichtet Aristoteles, er habe ein Gesetz vorgeschlagen, nach dem die Erziehung der Kinder der im Kriege Gefallenen dem Staat obliege, „gleich als ob dies Gesetz noch nicht bei anderen Staaten bestünde, während es in Wirklichkeit sowohl in Athen wie in anderen Staaten bereits vorhanden ist.“

Mit dem Ende der Bürgerkriege und der griechischen Freiheit hörte auch diese Fürsorge auf.

Der Staat Rom kümmerte sich nicht um das Schicksal seiner Soldatensöhne, bis schließlich während des Kaiserreiches die Vat und Empörung der Legionen die Regierung zwang, den Invaliden und Ausgedienten große Landereien zuzuteilen. Auf diese Weise entstanden die Militärkolonien, ein Ansehungsverfahren, das auch jetzt wieder für Kriegsbefähigte und die Angehörigen der Gefallenen durchgeführt werden soll.

Notizen.

Die Statistik der Treptow-Sternmarke weist ständig eine Zunahme der Besucher auf; so wurden im letzten Jahre die Vorzüge von 91 600 Personen besucht, mit dem großen Herdort beobachteten 13 700 Personen und den Führungen durch das Astronomische Museum wohnten 7 700 Personen bei. Die Gesamtbesucherzahl beträgt demnach 113 000 Personen im Jahre 1917 (gegen 81 500 Personen im Jahre 1916).

Kaulascher See. In einer englischen Zeitschrift kommt nach einer Mitteilung des „New Orient“ die Besorgnis zum Ausdruck, daß die Deutschen sich wieder im Besitz eines wichtigen Bedarfsstoffes, nämlich des Tees, vom Weltmarkt und insbesondere vom Ueberseehandel unabhängig machen könnten. Die Hauptteeländer, China, Java und Indien, befinden sich freilich vorläufig in sicherer Abgeschlossenheit, aber im südlichen Vorland des Kaulascher See längs der Küste des Schwarzen Meeres ein Landstrich gefunden, der für den Anbau des Teestrauches trefflich geeignet zu sein scheint. Schon vor dem Krieg waren dort einige hundert Dektar erfolgreich mit Tee bepflanzt worden.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Vorowiecki glitt über den Schmutz und den Schnee, stolperte über Baumwurzeln, ging immer weiter und konnte nirgends Lucy entdecken.

Durch das fruchtlose Suchen, die Kälte und die durchdringliche Feuchtigkeit aufgereizt, wollte er schon zum Wagen zurückkehren, als hinter einem dicken Baumstamm Lucy, die ihm dort aufgelaurett hatte, die Hände um seinen Hals schlang, mit solcher Festigkeit, daß ihm der Hut herabfiel.

„Ich liebe dich, Karl!“ flüsterte sie, ihn leidenschaftlich küßend.

Er erwiderte den Kuß, sagte aber nichts; eigentlich hatte er Lust, vor Wut zu fluchen.

Sie nahm seinen Arm, und so gingen sie zwischen den Bäumen über die schlüpfrige Erde. Der Wald brauste traurig und dumpf und überschüttete sie mit den Nadeln trockener Nichten und Regentropfen, die mit immer lautere Geräusch auf die Zweige plätscherten.

Lucy sprach unermüdet. Wie ein Kind plapperte sie über alles, sprang von einem Gegenstand zum andern über und begann, ohne einen Satz zu Ende gesprochen zu haben, den nächsten mit einem Kuß.

Sie sah reizend aus in dem englischen Frühjahrskostüm und dem großen, schwarzen Pelzumbau mit einem Reibekragen aus Straußfedern und dem großen, schwarzen Hut, unter dem ihre wunderbaren Augen wie zwei Saphire hervorleuchteten.

Diese romantische Begegnung mit dem Geliebten beaufschte sie.

Sie wollte ihn nicht in der Stadt treffen, denn sie wollte etwas Ausergewöhnliches haben und sie lebte nach einer schauernden Erregung. Deshalb hatte sie Vorowiecki nach dem Wald bestellt und ergötzte sich jetzt mit ihrer ganzen von Langweile erfüllten Seele und achtete gar nicht darauf, daß Karl schwieg, nur einsilbig antwortete und oft auf die Uhr schaute.

Was ging sie das alles an, war er doch bei ihr und gab ihr manchmal einen Kuß so leidenschaftlich zurück, daß es sich wie weiße Nebel vor ihre Augen legte. Sie konnte ihm von ihrer Liebe sprechen, sie konnte sich ihm in die Arme werfen und diese süße Erregung spüren, in die sich Angst mischte, jemand könnte sie sehen.

Federhalter, wickelte sie in ein Stück Papier und steckte sie in die Tasche.

Er tat das alles ganz langsam und blickte auf Vorowiecki, der über sein Benehmen und diesen unglaublichen Streit bestürzt nicht wußte, was er mit sich anfangen sollte. Horns Partei konnte er nicht ergreifen, weil er nicht wußte, worum es sich handelte, übrigens hätte er es sowieso nicht getan, denn Buchholz ging ihn mehr an. Verärgert blühte er auf Horn, der ganz ruhig die Gummischuhe anzog und mit den vor Erregung blauen Lippen lächelte.

„Sie sind nicht mehr bei mir angeheilt, ich schmeiße Sie raus“, flüsterte Buchholz.

„Ich bleib auf Sie und Ihre Stelle.“

Horn zog den zweiten Gummischuh an.

„Außerdem sag ich dich zur Tür raus.“

„Versuch's mal, Müpel!“ schrie jener, den Mantel anziehend.

„Budel, raus mit ihm!“ flüsterte Buchholz noch leiser, nervös den Stod festhaltend.

„Laß es bleiben, August, versuch' es nicht, sonst brech' ich dir und deinem Herrn ein paar Rippen.“

„Versuch'! Raus mit ihm!“

„Schweig, Dieb!“ brüllte Horn, nach einem schweren Hoder greifend. Er hätte zugeschlagen, sobald ihn jemand berührt hätte. „Schweig, halt's Maul, du Schwab! Du Schakal!“

Er warf den Hocker unter den Schreibtisch und ging hinaus, die Tür hinter sich so fest zuwerfend, daß die Schelben zerprangen.

Vorowiecki hatte sich schon vorher hinausgeschlichen. Stöhnend fiel Buchholz in den Fauteuil zurück, fast bewußtlos vor Wut. Er hatte bloß so viel Kraft, daß er auf den elektrischen Knapf drückte und mit erschütterter, heiserer Stimme flüstern konnte „Volzger!“

Eine tiefe Stille breitete sich in dem leeren Kontor aus. Der erschreckte Lakai stand bewegungslos da und wußte nicht, was er tun sollte. Er blickte auf das blass Gesicht seines Herrn und auf die vor Schmerz verzerrten Lippen. Endlich kam jener zur Besinnung, machte die Augen auf, schaute sich im dem leeren Kontor um, legte sich in dem Fauteuil zurecht und rief nach einer Weile mit sanfter Stimme:

„August!“

Angstvoll trat der Lakai heran, denn am fürchterlichsten war Buchholz dann, wenn er seinen Diener bloß mit dem Vornamen rief und den Sanften spielte.

(Fortf. folgt.)

Vom volkswirtschaftlichen Aufbau in Rußland.

Der „Vorwärts“ hat am 16. Juli „Leitsätze der Nationalisierung“ veröffentlicht die vom Genossen L. A. in, Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates in Rußland, verfaßt sind. Genosse L. A. in teilt uns folgendes dazu mit: Die Leitsätze sind in den „Izwestia“ (dem Zentralorgan der Sowjetregierung) vor drei Monaten (am 17. April) veröffentlicht worden. Vieles von dem, was damals erst geplant wurde oder sich im Anfangsstadium befand, ist jetzt bereits verwirklicht.

1. Die völlige Verschmelzung der Banken zu einer einzigen und die Verschmelzung der laufenden Rechnungen ist bereits in den größeren Zentralen durchgeführt; so funktionieren zum Beispiel in Petrograd 15 Filialabteilungen der einheitlichen Volksbank der Sowjetregierung.

2. Das Staatsmonopol für Außenhandel ist bereits bestätigt. Zu seiner Durchführung ist eine Organisation (der Sowjet für Außenhandel) geschaffen worden, in welcher bereits Sektionen für die wichtigsten Waren gebildet wurden: für Leder, Wurstwaren, Nahrungsmittel, pharmazeutische Artikel, Flach, Baumwolle, Wolle, Holz, Butter, Papier, Rauchwaren, Kunststoffe, wissenschaftliche Instrumente, wissenschaftliche Hilfsmittel.

3. Alle statistischen Kräfte Rußlands sind gesammelt worden (in jedem Gouvernement befindet sich ein statistisches Amt) und es wird energisch gearbeitet, um zu Beginn des Herbstes eine Erhebung über die russische Industrie (die erste während des tausendjährigen Bestehens Rußlands) vorzubereiten.

4. Vollkommen durchgeführt ist (unter vollkommener Ausschaltung des Kapitals) die Nationalisierung der Dampfschiffahrt auf Flüssen und Binnenseen (die Eisenbahnen befinden sich auch früher de facto in Staatsverwaltung), der Rapphainindustrie, der Kohlenförderung, der Holzgewinnung in den Wäldern.

Somit gingen in die planmäßige Verwaltung durch den Staat diejenigen Industrien über, die beim Aufbau der inneren Volkswirtschaft als Grundlage dienen müssen: die Banken, der Transport, die Heizmittel, der Außenhandel.

5. Es wurde ein Reich von Radiotelegraphenstationen geschaffen, welche bereits in Funktion getreten sind. Es wurden mehrere tausend Beamten in Kreisen des europäischen Rußlands eröffnet, in welchen sie bisher nicht bestanden hatten. Es wird eine Organisation des Luftpostdienstes vorbereitet.

6. Durch Bildung von Gouvernements- und Bezirkssovjets für Volkswirtschaft ist allmählich eine Organisation zur Verwaltung der Volkswirtschaft des Landes geschaffen worden. Diese Sovjets werden von den Verbänden der Arbeiter und Angestellten gewählt und durch Beratung von Spezialisten (Volkswirten und Technikern) ergänzt, welche etwa ein Viertel aller Mitglieder bilden dürfen. Diese Sovjets funktionieren bereits ordnungsgemäß in 37 Gouvernements (ganz Rußland besteht de jure (rechtlich) aus 68 Gouvernements, wenn man zum Bestande Rußlands folgende Gebiete mitrechnet: Estland, Livland, Weichrußland, Arim, Dongebiet, Georgien und Sibirien). Der Oberste Volkswirtschaftsrat, der diese Sovjets leitet, hat seine Tätigkeit am 21. Dezember 1917 begonnen.

7. Es sind bereits mehr als 20 staatliche Zentralen ins Leben gerufen, von denen jede ein Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates ist und gleichzeitig ihre Provinzialabteilung bei den Provinzialsovjets für Volkswirtschaft hat. Jede staatliche Zentrale hat die Leitung einer Industrie in den Händen, indem sie diese Industrie für die tatsächliche Nationalisierung vorbereitet. De jure sind sämtliche mittleren und Großunternehmen der Industrie zum Staatsbesitz erklärt worden. (In Übereinstimmung mit Punkt 3 der Leitsätze.) In den meisten Fällen jedoch sind die früheren Besitzer bis zur Schaffung einer eigenen staatlichen Verwaltung als Leiter belassen worden. Tatsächlich sind bereits der proletarischen Staatsverwaltung nicht nur ausnahmslos die Banken, Transportmittel und die Gewinnung der Heizmaterialien unterstellt, sondern auch die Zuckerindustrie, die Förderung von Platin, die Herstellung von Eisenbahnlokomotiven, Schienen und etwa 400 einzelne Großunternehmen verschiedener Industriezweige.

8. Auch die tatsächliche planmäßige Leitung der Produktion ist bereits in die Wege geleitet. So wurden z. B. für den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen anstatt vierzig verschiedener Typen von Pflügen die früher die verschiedensten Fabriken hergestellt hatten, nur sieben Normaltypen von Pflügen festgelegt.

9. Das System der Finanzierung der Industrie ist bereits in Anwendung. Dabei wird es der Verwaltung jedes nationalisierten Unternehmens anheimgestellt, die Kredite innerhalb ihrer Budgets für einen anderen Punkt zu verwenden, als bei der Beantragung genehmigt war, wofür die Verwaltung selbst die Verantwortung zu tragen hat. Dadurch wird überflüssige Altschulden vermieden.

10. Die Verwaltung der nationalisierten Unternehmen wird auf folgende Weise zusammengesetzt: ein Drittel der Mitglieder wählen die Arbeiter und Angestellten, ein Drittel wählt der all-

russische gewerkschaftliche Arbeiter- und Angestelltenverband der betreffenden Industrie und ein Drittel wird vom Volkswirtschaftsrat ernannt. Vor diesem ist die Verwaltung verantwortlich.

10. Das System der Staatsentlohnung und Staatsausgaben beginnt bereits Wurzel zu fassen; u. a. wurden aus Staatsmitteln für den Ankauf von Baumwolle (zum Weiterverkauf) 500 Millionen Rubel verwendet. Der Ankauf fand in Turkestan statt (wo die Volkswirtschaftsregierung sich noch ungehindert ihres Saisons erfreut und mit Rußland über das Kaspiische Meer in Verbindung geblieben ist). Für den Ankauf von Wolle wurden 250 Millionen Rubel ausgegeben, für den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen 400 Millionen Rubel, für Textilwaren beinahe eine Milliarde Rubel usw. (Natürlich sind diese Ausgaben nur buchmäßig zu betrachten). Außerordentlich vervielfacht ist die Zahl der Konsumgenossenschaftlichen Verkaufsstellen (es sind bereits über 30.000 vorhanden). Dank dieser und anderer Maßnahmen stirbt der private Handel allmählich ab. Die Ausschaltung des privaten Handels, welche bis zum Ende des nächsten Jahres durchgeführt werden soll, wird auch der Spekulation ein Ende machen, unter der Rußland mehr leidet als andere Länder.

11. Zum erstenmal im Laufe der letzten zwei Jahre wird ein genaues Budget aufgestellt. Weder der Zarismus im Laufe der letzten Periode seiner Herrschaft noch Kerenski veröffentlichten ein Budget. Das proletarische Regime hat die Finanzen des Landes geklärt und die unproduktiven Ausgaben außerordentlich eingeschränkt, insbesondere die Ausgaben für das Heer. Von den Arbeiten zur Vermehrung der Produktionskräfte sind folgende in Angriff genommen: Die Bewässerung der „Hungersteppe“ in Turkestan zur Vergrößerung der Anbaufläche der Baumwolle (um über 500.000 Hektar); der Bau zweier Ueberlandzentralen auf den Flüssen Sibir und Wolchow zur Verlieferung Petrograds mit Elektrizität, sowohl für die Industrie als auch für den Eisenbahnknotenpunkt; Melioration von beinahe einer Milliarde Desjatinen im Gebiet von Moskau zur Vergrößerung der Anbaufläche von Weizen; der Bau eines Kanals von der Wolga nach dem Don.

12. Zur richtigen Verteilung der Arbeitskräfte ist ein bisher kaum vorhandenes Reich von Arbeitsbüros in Rußland ins Leben gerufen worden (unter Leitung von Arbeitern). Die Verteilung gegen Arbeitslosigkeit ist bereits tatsächlich durchgeführt. Von den gewerkschaftlichen Arbeiterverbänden sind Grundzüge der Arbeitsdisziplin ausgearbeitet. Die zwingenmäßige Neueinteilung der Wohnräume wird in die Wege geleitet; geräumige Wohnungen der Bourgeoisie werden Arbeiterfamilien, welche in engen Wohnungen lebten, zur Verfügung gestellt. Für alle Arbeiter ist einmal im Jahre ein Urlaub unter Auszahlung des vollen Lohnes festgesetzt usw. Und trotz dieser sozialen Gesetzgebung werden die landwirtschaftlichen Pflüge aus Rußland in der Ukraine billiger verkauft, als gleichartige Pflüge aus Deutschland. Eine Arbeitspflicht besteht nicht, jedoch hat nach den russischen Gesetzen jeder Arbeiter in Petrograd und Moskau Anspruch auf zweieinhalbmal soviel Lebensmittel als der Bourgeois.

13. Im Frühjahr und zu Beginn des Sommers war die provisorische Verteilung der bei den Güterbesitzern konfiszierten Ländereien unter die Bauern durchgeführt. Alle Länder kamen in Staatsverwaltung. Etwa tausend landwirtschaftliche Großbetriebe mit kollektivistischen Anfängen wurden gegründet. Die Ausfaat ist in beinahe normalem Umfang vor sich gegangen. Der allgemeine Unterricht für die Bauern wird tatsächlich durchgeführt. Zum ersten Male in der Geschichte Rußlands überlegen die Ausgaben für Volksschulen die Ausgaben für die Armeen. Die Trennung von Kirche und Staat ist in ganz Rußland ohne irgendwelche Erschütterungen durchgeführt; die Bauern fanden sich ohne weiteres mit der bürgerlichen Ehe ab.

14. Der Klassenkampf wurde in das Dorf getragen, wobei die Frage der Verzögerung der Städte mit Lebensmitteln zum Ausgangspunkt genommen wurde. An Stelle der Erhöhung der Preise, wie sie in anderen Ländern geübt wurde, an Stelle der Gewährung von Prämien für schnelle Lieferung und andere Liebesgaben an die reichen Bauern, wurden gegen diese reichen Bauern die armen Schichten des Dorfes mobil gemacht und durch bewaffnete Abteilungen ländlicher Abteilungen unterstützt. Je mehr Brot die armen Bauern in einem Kreise von den reichen Bauern für die Städte heranzubringen, desto mehr Manufakturwaren und andere Industrieprodukte erhält dieser Kreis. Nur dank diesem System ist das städtische und industrielle Rußland noch nicht Hungers gestorben, trotzdem die Tschekochonales es vom Getreidegebiet Sibirien und die deutschen Truppen vom Getreidegebiet des Nordkaukasus durch die Besetzung von Kofrow abgeschnitten haben.

15. Aus der gesamten Arbeit auf dem Gebiete der Volkswirtschaft resultiert jene unerschütterliche Lage der Sowjetregierung.

gestellt werden. In dem zweiten Briefe macht Vidnowski die Mitteilung, daß er gehört habe, ein Mitglied der Partei Bernsteins habe die Absicht, die bekannten Aufzeichnungen Vidnowskys in Tausenden von Exemplaren zu verbreiten und fährt fort:

Ein derartiger Schritt wäre im höchsten Grade bedauerlich. Er würde nicht nur mich in meiner Eigenschaft als Beamter ersten Grades aussetzen, sondern auch im gegenwärtigen Augenblick eine schwere Schädigung vaterländischer Interessen bedeuten. Für die Abrechnung über die Kriegsausgaben ist es noch Zeit nach Beendigung des Krieges, vorläufig handelt es sich doch lediglich darum, mit Anstand herauszukommen, und da hilft es uns nichts, selbst wenn die Schuld Bestmann Holweg und seiner Berater einwandfrei festgestellt wird. Ich wäre Ihnen daher zu besonderem Danke verpflichtet, wenn Sie einen derartigen unüberlegten Schritt eines Ihrer Parteifreunde und jede weitere Erwähnung der Denkschrift von dieser Seite verhindern wollten.

Bestimmte ist jedoch von Vidnowski gebeten worden, das Stocholmer Blatt „Politiken“ zu erlösen, den Abdruck der Broschüre einzustellen. Er hat dies auch getan, aber in einer Form, die erkennen ließ, daß es sich lediglich um eine Bitte des Fürsten handle“.

Verfassungsturm im Wasserglase.

Um Mecklenburg-Strelitz.

Es ist wieder einmal ein Ausschuh gegründet worden, diesmal „zur Erhaltung des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz“. Da jeder Ausschuh zuerst einen Aufruf erläßt, so schalt es jetzt von dort, es sei die erbhabene staatsbürgerliche Pflicht eines jeden Mecklenburg-Strelitzers, für die Selbständigkeit Strelitz zu kämpfen! Die Strelitzer Linie sei nicht „verloren“ und gänzlich abgegangen“, wie es im alten Hamburger Vergleich der beiden Mecklenburge so schön heißt, und in der „um ihr staatliches Dasein bangenden Bevölkerung“ zeige sich lebhafteste Beunruhigung.

Der Leser wird sich erinnern, daß nach dem Selbstmord des letzten Throninhabers der Ruffe Karl Michael zur Nachfolge berufen war, eine heisse Sache, zumal dieser Herr seinen Degen gegen Deutschland geführt hatte. So entstand der Plan, M. Strelitz zu M. Schwedt zu schlagen, was weltwärtlich etwa der Eingemeindung Reimoldsdorfs in den Verband Groß-Berlin an Bedeutung gleichkäme.

Eine Sache, die ganz und gar nichts Aufregendes an sich hat. Im Gegenteil. Die deutsche Volkswirtschaft ist so reichlich mit Hoffnungen beglückt, daß die Zusammenlegung direkt auf der Linie der angestrebten Sparsamkeit liegt, und sollte das selbständige M. Strelitz verschwinden, so würde kein Hahn danach schreien. Höchstens die Wappentiere auf dem Schilde der Postbeamten von M. Strelitz! Diese aber sind nicht das einzige Gerümpel, das der Sturm der Weltgeschichte auf den Müllhaufen schleudert, sie haben vornehmere Schicksalsgenossen und dürfen sich mit ihnen trösten.

Aus Fuhrmanns Vergangenheit.

In der letzten Nummer der „Weltbühne“ bringt ein Aufsatz des pseudonymen Johannes Fischer neben mancherlei Interessantem aus Fuhrmanns Vergangenheit auch einen Brief Dr. Webers, eines Mitglieds des geschäftsführenden Ausschusses der national-liberalen Partei zum Vorschein, der ein besonderes Licht auf die Rolle wirft, die Fuhrmann schon früher in seiner Partei gespielt hat. Fuhrmann gilt als Hauptmacher des „Nationalliberalen Reichsverbandes“, jener Partei in der Partei, die sich gegen die jungliberalen Tendenzen im Parteikörper richtete. Der Brief Dr. Webers datiert vom 28. Juni 1912, also kurze Zeit nach dem national-liberalen Parteitag, der auch der Gründungstag der Sondervereinigung war, erhebt den Vorwurf gegen Fuhrmann, seine Stellung als Generalsekretär der Partei zu deren Nachteile und zum Vorteile der reaktionären Sondergründung benutzt zu haben. Diese Feststellung ist von besonderer Bedeutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß heute der „Liberalismus“ Fuhrmanns neben dem eines Lehmann bei den Wahlrechtsdebatten im höchsten Glanze steht.

Normallohn für Ärzte. In der „Deutschen Tageszeitung“ wird für ein aufblühendes Landstädtchen an der holländischen Grenze ein praktischer Arzt und Geburtshelfer gesucht, der sich dort niederlassen soll. Um den Herren Medizinern die Sache „samachast“ zu machen, schlägt die Anzeige so: „Hohes Einkommen gewährleistet, vorzügliche Lebensmittelversorgung garantiert, eventuell in natura gewährt.“ — Da von Parazern für geistliche Verrichtungen immer noch ab und zu Gänse und ähnliche Dinge als Honorar gefordert werden, liegt der Gedanke nahe, den Ärzten das Leibe in gleicher Weise zu dienen. Aber was sagen die Kriegsverordnungen dazu?

Die Arbeitszeit in den Bäckereien. In der gestrigen Vollversammlung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien angenommen.

Letzte Nachrichten.

Japan opponiert gegen die Intervention.

London, 18. Juli. Reuters. „Times“ erfährt aus Tokio vom 15.: Der diplomatische Beirat sollte heute zusammentreten, um die Entscheidungen der Regierung, die sich auf die amerikanischen Vorschläge einer gemeinsamen, amerikanisch-japanischen Intervention beziehen, zu bewilligen. Aber er vertagte sich infolge der Opposition von zwei Mitgliedern, die die Lage in Sibirien nicht für kritisch genug hielten, um ein japanisches Vorgehen notwendig erscheinen zu lassen.

London, 18. Juli. Reuters. Die „Times“ aus Peking erfährt, bringen die Tschekoslowaken von Jekuski auf an der Eisenbahn südlich des Balkassees vor. Sotomow liegt wieder im Kampfe mit den Bolschewiki.

Die Auflage gegen Brantiano beschlossen.

Bukarest, 18. Juli. Die rumänische Kammer hat den aus der Initiative des Parlaments hervorgegangenen Antrag auf Erhebung der Auflage gegen die Regierung Brantiano mit 115 Stimmen angenommen. Der Abstimmung enthielten sich die nationalistischen Abgeordneten Guga und Cordeanu. Das Ergebnis der Abstimmung, die durch Namensaufruf und mündliche Erklärung erfolgte, wurde mit kurzem Beifall aufgenommen. Ein aus sieben Mitgliedern bestehender Ausschuh wurde beauftragt, die Voruntersuchungen vorzunehmen. Dem Ausschuh gehören die Deputierten Loscar Antonio, Briforian, Witecu, Raupeson, Petrovici, Raziu und Dr. B. Carv, ein Sohn Peter Carps, an.

Die Cholera in Petersburg.

Petersburg, 15. Juli. (Verpätet eingetroffen.) In Petersburg ist die Cholera ausgebrochen. Gestern wurden über 500 Fälle gemeldet.

Der Prozeß Malby.

Paris, 18. Juli. (Dana.) Im zweiten Teile seines Berichtes vor dem Obersten Gerichtshof tadelte Beres in scharfer Weise das Vorgehen Malbys als Minister des Innern. Er warf ihm seine Beziehungen zu Almerenda und anderen Defaitisten vor und seine schuldvolle Nachgiebigkeit gegenüber den Anarchisten, welche in den Jahren 1913 und 1916 unbeschränkt eine vorzügliche Propaganda betreiben konnten, und verweist hierzu Wäterschellen pagistischer und anarchistischer Richtung, die den Unwillen der Senatoren und Richter hervorgerufen. Er wirft dann Malby weiter vor, die maximalistische Propaganda in Frankreich geduldet zu haben. Einer der gefährlichsten Parteigänger Tröglis sei nicht ausgewiesen worden, trotz des Erfordernisses des Direktors der allgemeinen Sicherheitspolizei; Malby habe dem widerprochen infolge eines Schrittes des Abgeordneten Moutet. Gemisse russische Anarchisten durchzogen Frankreich und erklärten, daß Frankreich und England es gewesen wären, die die belgische Neutralität verletzt hätten und in Deutschland eingebrochen seien. Der Minister des Innern, der für die nationale Sicherheit verantwortlich wäre, sei nicht berechtigt, sich hinter der Verantwortlichkeit der Regierung zu verstecken, denn er habe niemals seinen Kollegen Fälle dieser Art, die ihm von seinen Beamten unterbreitet worden seien, vorgelegt. Mit harter Erregung schildert der Berichterstatter nochmals die Anstrengungen der Defaitisten, um Einfluß auf die französischen Frauen und damit mittelbar auf die Soldaten an der Front zu gewinnen. Er spricht der bewundernswürdigen Haltung der französischen Frauen während des Krieges auf den Feldern, in den Fabriken und in ihrem Heim seine Anerkennung aus.

Verhaftung tschecho-slowakischer Zuzügler in Moskau.

Warschau, 15. Juli. Das kleiner Polenblatt „Przeglad Polski“ übernimmt aus dem amtlichen Volkswirtschaftsorgan „Izwestia“ die Nachricht von der Verhaftung zahlreicher polnischer und tschechischer Offiziere in Moskau. Danach erhielt die Kom-

mission für den Kampf mit der Gegenrevolution am 1. Juli die Nachricht, daß auf dem Jaroslauer Bahnhof zwei Wagen mit anwesenden Polen und Tschechen bereitstanden, welche abends abfahren sollten. Als die angeworbenen Freiwilligen die Waggons bestiegen hatten, ließ die Kommission die Waggons abhängen und verhaftete die Insassen. Man fand bei ihnen Dokumente, welche von der französischen Mission her ausgegeben sind. Es wurden 45 Personen verhaftet. Der Moskauer Bizekonsul Labon sandte an Schiricherin eine Note, in der er darauf hinweist, daß die Tschechen und Polen zwecks Zuteilung zu nationaltschechischen und polnischen Truppen an die französische Front gelangt werden sollten. Es seien dies nicht die ersten Abteilungen, welche zur französischen Armee abgingen. Ihre Abreise sei durchaus nicht geheimgehalten worden.

Die achte österreichische Kriegsanleihe. Nach vorläufigen Feststellungen ereignen die bisher eingelaufenen Zeichnungen auf die achte Kriegsanleihe den Betrag von 5763 Millionen Kronen. Die endgültigen Ziffern können erst zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt werden.

Die Explosion des japanischen Schlachtschiffes. London, 18. Juli. Reuters. Nach einer Totweilung vom 18. Juli wurden 400 Mann von der 1100 Mann starken Besatzung an Bord des Schlachtschiffes Kamatschi, das infolge Explosion im Hafen von Tojawa gesunken ist, gerettet.

Zur Vorgeschichte der Lidnowsky-Denkschrift

Mitteilungen Eduard Bernsteins.

In dem Verfahren des Breußischen Herrenhauses gegen den Fürsten Lidnowsky, über dessen Ergebnis noch immer nichts bekannt geworden ist, hat es Eduard Bernstein, wie er jetzt im „Berliner Tageblatt“ darlegt, für seine Pflicht gehalten, dem Vorsitzenden des einschlägigen Ausschusses zwei Briefe des Fürsten zu übermitteln. In dem ersten warnt der Fürst davor, daß durch eine Kritik unserer Politik Uneinigkeit in deutsche Volk gebracht werde, solange dieses um sein Dasein kämpfe. Die Frage, ob unsere Politik vor dem Weltkrieg die richtige gewesen sei, müsse bis nach dem Kriege zurück-

Gewerkschaftsbewegung

Die Teuerungszulagen der Buchbinder.

Der Buchbinderverband hatte der Unternehmerorganisation den Antrag unterbreitet, die bisherige Teuerungszulagen zu erhöhen, und zwar um wöchentlich 20 M. für männliche Arbeiter, 15 M. für weibliche Arbeiterinnen, 10 M. für ungeschulte Arbeiterinnen. Weiter wurde gefordert Erhöhung der Affordpreise um 30 Proz., Verrechnung des Stundenlohnes nach dem Gesamtarbeitsdienst einschließlich der Teuerungszulagen. Auf die so berechneten Löhne sind zu Heberstunden die tariflichen und die Heberstundenzuschläge zu zahlen. Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden in der Woche, Sonnabends darf die Arbeitszeit nur 6 Stunden betragen. Die Verhandlungen mit dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer sind kürzlich zum Abschluß gekommen. Ueber das Ergebnis derselben berichtet W. J. Berger am Mittwoch in einer sehr stark besuchten Versammlung der Berliner Buchbinder. Er bemerkte, daß die Verhandlungen manche Schwierigkeiten boten. Zu einer allgemeinen Erhöhung der Affordpreise waren die Unternehmer nicht zu bewegen, obgleich die Vertreter der Arbeiter sich bemühten, diese Forderung durchzusetzen. Wäher waren die Teuerungszulagen nach der Höhe des Wochenverdienstes abgestuft, so daß die Zulage bei den höheren Löhnen geringer war, als bei den niedrigeren Löhnen. Diese Staffelung, die bei den Arbeitern lebhaft Unzufriedenheit hervorgerufen hat, ist jetzt beseitigt. Die Zulagen werden nunmehr ohne Rücksicht auf die Höhe des Verdienstes gewährt und unterscheiden sich nur für Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für Verheiratete und Ledige. Die jetzt vereinbarten

Zulagen betragen in Berlin

vom 16. August ab wöchentlich 30,50 M. für verheiratete, 28,50 M. für ledige Arbeiter, 18 M. für Arbeiterinnen. Vom 30. November ab erhöhen sich die Zulagen auf 35,50 M. für verheiratete, 33,50 M. für ledige Arbeiter, 20 M. für Arbeiterinnen.

In Leipzig und Stuttgart sind die den Arbeitern bewilligten Zulagen um 3,50 M. in München um 5,50 M. und für die Arbeiterinnen in diesen drei Städten um 3 M. niedriger als in Berlin. Ferner kommen noch die folgenden allgemeinen Bestimmungen in Betracht: Die Zulagen sollen nicht höher sein, als der wöchentliche Verdienst, wenn dieser in Berlin bei voller Arbeitszeit für Arbeiter nicht mehr wie 20 M., für Arbeiterinnen nicht mehr wie 17 M. beträgt. — Der für Hausarbeiten bisher übliche Aufschlag auf den Affordpreis ist von 20 auf 30 Proz. erhöht worden. Die bisherigen tariflichen und Kriegszuschläge für Heberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit werden verdoppelt.

Die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit bzw. die Freigabe des Sonnabendnachmittags haben die Unternehmer abgelehnt, während des Krieges sei an eine Arbeitszeitverkürzung nicht zu denken. — Der Referent bemerkte, es sei zu bedauern, daß die Verhandlungen kein günstigeres Ergebnis gehabt haben, aber es sei trotz aller Bemühungen nicht mehr zu erwarten gewesen. — Die Forderungen seien auch dem Verein der Berliner Buchdruckerbesitzer eingereicht worden, der Verhandlungen in Aussicht gestellt, bis jetzt aber solche noch nicht eingeleitet habe. Die in den Berliner Buchdruckerbetrieben beschäftigten Buchbinder haben bisher die Teuerungszulagen nur in der Höhe bekommen, die den mit den Buchdruckern vereinbarten Teuerungszulagen entspricht. Das ist wesentlich weniger als die Zulage, welche in den Buchbinderbetrieben gewährt wird. Bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Buchdruckerbetrieben müsse gefordert werden, daß die von ihnen beschäftigten Buchbinder dieselben Zulagen erhalten, die in den Buchbinderbetrieben gelten.

In diesem Sinne sprachen auch die Diskussionsredner. Schließlich wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung beauftragt lebhaft, daß die weitergehenden vollbegründeten und berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht die erwartete Berücksichtigung gefunden haben. Die Versammlung erkennt an, daß durch Wegfall der Staffelung in den Teuerungszulagen ein Stein des Anstoßes in den Mitgliederkreisen aus dem Wege geräumt ist. Dagegen hat die Ausschaltung der Teuerungszulage für Heberstunden keine befriedigende Lösung gefunden.“

Die Versammlung nimmt mit Enttäufung Kenntnis von der Verzögerung der Verhandlungen mit den Buchdruckerbetrieben, obwohl die Forderungen bereits am 17. Juni eingereicht wurden. Die Versammlung beauftragt die Brandenburger, bei den Verhandlungen mit dem Verein Berliner Buchdruckerbesitzer dahin zu wirken, daß ein Abkommen auf gleicher Grundlage wie mit den Buchbinderbetrieben getroffen wird und erteilt den Vertretern Vollmacht zur eventuellen Tarifänderung, falls wider Erwarten eine solche Verständigung nicht möglich sein sollte.“

Die Sägereiarbeiter Sachsens

hielten kürzlich in Dresden eine Konferenz ab, die — wie wir aus dem Bericht der „Holzarbeiterzeitung“ sehen — hauptsächlich dem Wunsch nach Schaffung eines Tarifvertrages mit einheitlichen Lohnsätzen Ausdruck gab. Zur Begründung dieses Verlangens wurde ausgeführt, daß gegenwärtig für gleichartige Arbeit sehr verschiedene Löhne gezahlt werden. In Königsberg beträgt der Stundenlohn für Brettschneider 85 Pf., in benachbarten Schandau nur 65 Pf. In der Lausitz sowie in der böhmischen Gegend werden gar noch 55 Pf. gezahlt, und im Erzgebirge gibt es Betriebe, wo der Lohn noch unter 40 Pf. pro Stunde heruntergeht. Fast alle Betriebe arbeiten jedoch für den Exportbedarf und werden die Unternehmer auch nach einheitlichen Grundsätzen für die gelieferten Produkte bezahlt. In der Arbeitszeit herrscht ein ebensolches Durcheinander. Während in Dresden in einem Betrieb 53 Stunden gearbeitet wird, wird in anderen Gegenden noch bis zu 66 Stunden gearbeitet. Die Unternehmer mühten selbst ein Interesse daran haben, diesen ungesunden Verhältnissen entgegenzuarbeiten.

Die Konferenz beauftragte die Gewerkschaften des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Dresden und Leipzig, dem Verband sächsischer Holzindustrieller folgende Forderungen einzureichen:

- Sofortige Gewährung einer Teuerungszulage von 30 Pf. für männliche Arbeiter über 18 Jahre, für jugendliche und weibliche Arbeiter 10 Pf. pro Stunde.
- Schaffung eines Tarifvertrages mit vorhersehen Mindestlöhnen nach vier Lohnklassen und Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.
- Zeitgemäße Zuschläge für Heberstundenarbeit.

Parteinachrichten.

Betriebsvertrauensleute für die Partei.

Im sozialdemokratischen Verein für das Kölnener Gebiet ist kürzlich die Anregung erfolgt, in den großen industriellen Betrieben besondere Vertrauensleute für die Partei zu ernennen. Man läßt diese Arbeit nicht den Gewerkschaften überlassen, weil dies sofort zu Streitigkeiten in der Partei und in den Gewerkschaften führe. Es sei für die Partei notwendig, enge Fühlung mit den Massen zu erhalten, um deren Stimmungen kennenzulernen. Es könne dann nicht zu derartigen Ueberrollungen kommen wie im Januar dieses Jahres bei Ausbruch des großen Streiks. Diese Vertrauensleute mühten vor allem auch suchen, Frauen für die Organisation zu gewinnen, und diese seien jetzt in der Industrie in großen Massen beschäftigt. Es konnte dabei auf verschiedene Bezirke in Deutschland hingewiesen werden, in denen derartige Einrichtungen schon bestehen.

Ein sozialdemokratischer Senator in Altona.

In Altona wurde der Stadtverordnete Thomas auf die Dauer von sechs Jahren zum unbesoldeten Senator der Stadt

Altona gewählt. Es ist das erste Mal, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei in das Magistratskollegium eintritt. Senator Thomas gehörte seit dem Jahre 1910 dem Stadterordnetenkollegium an.

Von der italienischen Partei.

Die italienische Partei hat ihren diesjährigen Parteitag auf den 27. bis 30. Juli festgesetzt; sie scheint sich aber, im Hinblick auf die entsprechenden Erfahrungen der letzten Jahre bereits damit abgefunden zu haben, daß er wieder verboten wird, denn es wird gleichzeitig mit der Einladung zu der Tagung vom Parteivorstand bekanntgegeben, daß im Falle sie aus irgendeinem Grunde nicht stattfinden könne, der Parteivorstand Schritte ergreifen wird, andere Einrichtungen mit den entscheidenden Kompetenzen des Parteitags auszusenden. In einer unlängst verfaßten Resolution sprach sich der Parteivorstand über seine Stellung zur internationalen politischen Lage aus. Die Resolution ist von der italienischen Zensur stark gefügt. In dem Rest heißt es: „... die letzten Erklärungen des deutschen Kanzlers, wenn sie auch diplomatische Zweideutigkeiten und unerfüllbare Appelle aufweisen, enthalten doch das Eingeständnis des mächtigsten und ausschließlichen Militarismus, daß Vaffengewalt nicht allein dem Krieg ein Ende bereiten kann.“ Andere Bruchstücke weisen darauf hin, daß die Partei sich weiterhin zu den Prinzipien von Zimmerwald (so wie sie sie auffaßt) bekennet.

Erweiterte Aufgaben der Miet-einigungsämter.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die zum Vierjahreseschluß in fast allen größeren Städten erfolgten Massenkündigungen von Wohnungen haben die Mieter- bzw. Mieteinigungsämter vor neue, bedeutend erweiterte Aufgaben gestellt, die um so schneller Erledigung bedürfen, als in den meisten Fällen die Umzüge spätestens am 1. Oktober erfolgen sollen.

Die Stellvertreternden Generalkommandos des 1., 2., 7. und 20. Armeekorps haben sich aus diesem Grunde bereits veranlaßt, für einzelne Teile bzw. für ihren ganzen Befehlsbereich zu verfügen, daß Wohnungskündigungen nur nach Genehmigung der Kommunalverwaltung bzw. der Einigungsämter statthaft sind. Diesen wurde dadurch bereits eine bedeutend erweiterte Aufgabe zuteil, wenn auch anzunehmen ist, daß infolge dieser Maßnahmen der Militärbehörden manche beabsichtigte Kündigung unterblieben ist.

Weit zahlreicher werden dagegen ohne Zweifel die Einigungsämter in denjenigen Bezirken belegt sein, in welchen dem Vermieter in bezug auf Steigerung und Kündigung freie Hand gelassen wurde. Der kleinere Teil der Bevölkerung, darunter vornehmlich die Kriegsgewinnler, Heereslieferanten usw., werden einer angemessenen Mietsteigerung allerwärts entsprochen haben, also von einer Kündigung verschont geblieben sein.

Weitere Kreise der Mieterschaft dagegen, und ganz besonders die Kriegswitwen und Kriegserfrauen, werden aber durchweg gar nicht in der Lage sein, überhaupt eine nennenswerte Mieterhöhung zu bewilligen und schon aus diesem Grunde Einspruch gegen die ihnen deshalb auferlegte Kündigung erhoben haben, zumal besonders die Kriegserfrauen ohne Erhöhung der Familienunterstützung nicht einmal in stande sein werden, auch nur auf einen Teil des ihnen für die Kriegsdauer gewährten Nachlasses zu verzichten.

In allen diesen Fällen werden somit die Miet- bzw. Einigungsämter eingreifen müssen, eine Aufgabe, deren Bewältigung in der kurzen Frist von drei Monaten ausfallslos erscheint.

Zur Erleichterung dieser Tätigkeit wurde allerdings die Befestigung einheitlicher Richtlinien angeordnet. Die diesbezüglichen Vorschläge der beteiligten Kreise gehen aber zurzeit noch so weit auseinander, daß eine Einigung schwerlich zu erzielen sein dürfte.

So erachten z. B. die Führer der Berliner Hausbesitzer eine Mieterhöhung von 65 Proz. für erforderlich, während der Mieterbund Groß-Berlin eine solche von 5 bis 15 Proz. als angemessen bezeichnet, und zwar 5 Proz. für gemöhnliche Wohnungen, 8 Proz. für solche mit Warmwasser- und Zentralheizungsanlage. Mit einer angemessenen Mieterhöhung erklärt sich auch der Mieterverein zu Hamburg einverstanden, verlangt aber die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Mieter sowohl wie die der wirtschaftlichen Lage des Hausbesitzer.

Diese Forderung entspricht der bisherigen Gepflogenheit der Mietämter und den Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917.

Weite Bevölkerungskreise sind durch das Vorgehen der Vermieter aufs äußerste beunruhigt, zumal auch billigere Wohnungen heute nicht zu finden sind und der Umzug selbst mit außerordentlichen Kosten verbunden ist, welche die meisten Mieter, und darunter ganz besonders die Kriegserfrauen, aus eigenen Mitteln nicht bestreiten können.

Die Mietämter werden deshalb nicht nur bei der Zurückweisung der Kündigung die Frage einer angemessenen Mieterhöhung zu prüfen, sie werden vielmehr auch die Aufgabe haben, Maßnahmen zu treffen, die eine Wiederholung derartiger Massenkündigungen für absehbare Zeit auszuschließen. Es wird sich mithin nicht umgehen lassen, in jedem einzelnen Falle durch Vergleich oder Spruch den angemessenen Preis für jede Wohnung auf Grund der Leistungsfähigkeit des derzeitigen Mieters festzusetzen und einen neuen Mietvertrag auf längere Dauer zu tätigen.

Unter allen Umständen muß aber für die Folge der Mieter gegen die Möglichkeit, durch die Drohung mit Kündigung, durch die Forderung einer Mieterhöhung beunruhigt zu werden, geschützt sein. Weiterhin ist aber auch Vorsorge zu treffen, daß Mieter, und ganz besonders solche mit größerer Kinderzahl, im Falle einer mehr oder weniger freiwilligen Räumung ihrer bisherigen Wohnung anderwärts ein entsprechendes Unterkommen finden.

Beschiedentlich ist zu diesem Zweck die Errichtung eines amtlichen Wohnungsnachweises gefordert, welchem jeder Hausbesitzer seine leerstehenden und freizuwendenden Wohnungen unter genauer Angabe des Mietzinses anzumelden hat. Diese Wohnungen müssen naturgemäß an den ersten sich meldenden Bewerberinnen vermietet werden, im andern Falle findertreiche Familien überhaupt kein Unterkommen finden würden.

Sowohl Vermieter wie Mieter und auch die Allgemeinheit haben ein gleiches Interesse an einer möglichst eingehenden Prüfung eines jeden Falles durch die Mietämter. Sind dieselben in ihrer jetzigen Befähigung angetraffen, alle bei ihnen erhobenen Einsprüche gegen Kündigungen rechtzeitig zu beurteilen, so werden Umzüge zum 1. Oktober, soweit sie nicht die Genehmigung der Mietämter erhalten oder im Einverständnis mit dem betr. Mieter ausgeführt werden, allgemein verboten werden müssen. Die Allgemeinheit hat ein großes Interesse daran, daß die Mieter nicht länger wie nötig darüber in Ungewißheit bleiben, ob ihnen ihr bisheriges Obdach zu angemessenen Bedingungen erhalten bleibt.

So die Zuschrift, der Wert und im wesentlichen Kaufpreis an (Schließen können. Wir betonen jedoch noch ausdrücklich das Folgende:

Die Verordnung zum Schutze der Mieter erweist sich heute nicht mehr als ausreichend. In dem gleichen Ergebnis ist auch z. B. der Leiter des Steitiner Mieteinigungsamts, Dr. Dittrich, gekommen. In Nr. 22 des „Preussischen Verwaltungsblattes“ regte er an, diese Verordnung derart abzuändern, daß nicht der Mieter gegen eine Steigerung oder Kündigung des Mieteinigungsamts antufen solle, sondern daß der Vermieter seinerseits verpflichtet sein soll, vor einer etwaigen Steigerung oder Kündigung die Entscheidung des Einigungsamts einzuholen. Damit würde die Mieterbeschwerden gewissermaßen gerade umgekehrt und die Grundzüge der in der Zuschrift oben erwähnten Verordnungen einiger Generalkommandos zur Regel gemacht werden. Das erscheint uns dringend geboten. Heute versuchen die Hauswirte in fast allen Fällen eine Steigerung der Miete durch die Androhung der Kündigung zu erreichen. Das von manchen Hauswirten beliebte Verfahren grenzt heute schon geradezu an Erpressung. Durch eine Umkehrung der Mieterbeschwerden würde sich der Hauswirt es vorher überlegen, ob er auch mit der von ihm beabsichtigten Steigerung bei dem Mieteinigungsamt durchbringen würde. In der ganzen Sache nicht begründete Steigerungen der Miete oder eine nicht aus zwingenden in der Person des Mieters liegenden Gründen erfolgte Kündigung würden dann vermieden und die heute ja zu verzeichnende Ueberlastung der Mieteinigungsämter eingeschränkt werden.

Durch eine Verordnung dieser Art würde auch eine klare und senft einwandfreie Rechtslage für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches geschaffen werden.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Unter Mitwirkung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels der Friedrich Krupp A.-G., der Rhönig A.-G. für Bergbau, der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.-G. ist mit dem Sitz in Berlin und einem Kapital von 300 000 M. eine neue Gesellschaft unter dem Namen Realand A.-G. gegründet worden. Die erwähnten Unternehmungen haben vom dem Kapital je 10 000 M. übernommen. Gegenstand ist u. a. die Beteiligung an Siedlungs- und verwandten Unternehmungen, insbesondere in den Ostlandgebieten, Darlehens- und sonstige Geldgeschäfte mit Siedlungs- und verwandten Unternehmungen. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemeinnützig.

Mit dem Sitz in Berlin und einem Kapital von 1 Million Mark ist die Voehm-Werke A.-G. in Berlin gegründet worden. Von den fünf Gründern ist das Kapital folgendermaßen übernommen worden: Fabrikbesitzer Wilhelm Voehm (Charlottenburg) 400 000 M., die Firma Hardy u. Co. (Berlin) 300 000 M., Bankdirektor Wihl. Daus (Charlottenburg) 200 000 M., Kaufmann Robert Behrens (Berlin) 50 000 M. und Ferdinand Meyer (Berlin) 50 000 M. Gegenstand ist die Herstellung und Verwertung von Beleuchtungsartikeln und deren Bestandteilen sowie ähnlichen Artikeln.

Die Kumpferwerke Akt.-Ges. in Berlin-Johannisthal schließt das erste Geschäftsjahr nach Abschreibung von 1 444 640 Mark mit einem Reingewinn von 1 015 346 Mark. Daraus wird eine Dividende von 12 Proz. auf 3/4 Millionen Mark Aktienkapital zur Verteilung gebracht. Die Verwaltung stellt fest, daß nach Ueberwindung mehrerer Störungen ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte. Da die nunmehr ausgebauten Gesamtanlage einen Umfang angenommen habe, der für die Bedürfnisse des von der Gesellschaft hergestellten Maschinenartikels in der Friedenszeit zu groß sein wird, hält die Verwaltung eine vorläufige Beurteilung der Aussichten für angebracht, obgleich die Gesellschaft bisher infolge der Fortdauer des Krieges noch mit Aufträgen ausreichend versehen ist.

Die Zukunft des Stahlwerksverbandes.

Die kürzliche Meldung, daß angesichts der geringen Aussichten für die Erneuerung des Stahlwerksverbandes auf einen Zeitraum von mehrjähriger Dauer die Regierung einzugreifen beabsichtige und daß der Verbandleitung in einer Art von Ultimatum erklärt worden sei, dieses Eingreifen werde zu erwarten sein, wenn nicht bis zum 30. September d. J. die Werke ihre Entscheidung ausgesprochen haben würden, ist nach Informationen der „Frankf. Zig.“ unzutreffend. Der Wunsch nach einem Wiederaufbau des Stahlwerksverbandes ist allgemein; es handelt sich lediglich darum, eine geeignete Form zu finden, um dem Stahlwerksverbande wesentlich erweiterte Grundlagen zu geben. Man glaubt diese in dem Vordrucke gefunden zu haben, der jetzt verschiedene Kommissionen beschäftigt. Er sieht ein schärferes Erfassen des Begriffs Stahlwerksverband durch Einbeziehung der gesamten Rohstoffgewinnung, also auch der Rohproduktion, vor, und zwar derart, daß die A-Produkte und wahrscheinlich auch die Gruppe Stabeisen den Verband als solchen ausfüllen sollen, während für die übrigen B-Produkte (Röhren, Bleche, Draht usw.) Sonderverbände in enger Anlehnung an den Stahlwerksverband errichtet werden würden. Demnach soll in Anlehnung an die Ende d. M. stattfindende ordentliche Mitgliederversammlung des Stahlwerksverbandes Besprechungen in der Angelegenheit in Düsseldorf geführt werden. Jüngstweiliger Druck von amtlicher Stelle ist bisher nicht ausgeübt worden. Es ist lediglich im Hauptauschuss des Reichstags die Frage aufgeworfen worden, ob nicht angesichts der Möglichkeit, daß bei einem Mißerfolg der Erneuerungsverhandlungen die Gefahr einer Auflösung in Rechnung zu setzen sei, es Aufgabe der Regierung sein müsse, hier vermittelnd einzugreifen.

Die sächsische Metallindustrie im 4. Kriegsjahr.

Eine interessante Aufschluß über die Entwicklung der Metallindustrie im Königreich Sachsen gibt der soeben erschienene Bericht der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1917. Die Zahl der Betriebe nahm nur wenig zu, nämlich von 6550 im Jahre 1916 auf 6559 im Jahre 1917. Dagegen vermehrte sich die Zahl der versicherten Personen in der gleichen Zeit von 166 648 auf 204 286; es wird damit der höchste Bestand in der Friedenszeit, nämlich von 196 806 im Jahre 1913, erheblich überschritten. Der Durchschnittsjahreslohn auf die versicherte Person erhöhte sich von 1277 M. im Jahre 1913 auf 1826 M. im Jahre 1915, 1450 im Jahre 1916 und 1795 M. im Jahre 1917, was angesichts der Teuerung sehr wenig ist. — Die Zahl der Betriebsunfälle fand eine Zunahme, und zwar von 13 808 im Jahre 1916 auf 15 800 im Jahre 1917. Wie die Kriegsverhältnisse die Unfallgefahren erhöhen, geht daraus hervor, daß im Jahre 1913 auf 1000 versicherte Personen 66,67 gemeldete Unfälle, im Jahre 1917 aber 78,26 entfielen. Die Zahl der berichtigten weiblichen Personen erhöhte sich von 1823 im Jahre 1916 auf 3223 im Jahre 1917. Auch die Zahl der Verletzten, die eine Entschädigung festgesetzt erhalten mühten, die also länger als 13 Wochen an den Folgen des Unfalls gekrankelt waren, vermehrte sich, und zwar von 1121 im Jahre 1916 auf 1430 im Jahre 1917 oder von 6,72 auf 7,00 je 1000 versicherten Personen. Unter den im Jahre 1917 Entschädigten befanden sich 271 weibliche Verletzte. Eine erschreckende Zunahme fand die Zahl der Getöteten, nämlich von 38 im Jahre 1914 auf 77 im Jahre 1916 und 81 im Jahre 1917.

Verantwortl. f. Inhalt: Dr. Franz Fischer, Berlin-Grieden; für d. Schriftl. Teil des Blattes: Alfred Schell, Neustadt; für Anzeigen: Theodor Wolff, Berlin. Verlag: Bornh. Neudruck G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornh. Neudruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 2. **Stern 1. Beilage zum Unterhaltungsblatt.**